



UNSERE
ZEITENWENDE
FRIEDEN
MIT MENSCH
UND NATUR

Beschlüsse

32. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands · 25. bis 27. April 2025 · Kaiserslautern

Vorwort

Liebe NaturFreundinnen und NaturFreunde,

der 32. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands vom 25. bis 27. April 2025 in Kaiserslautern hatte die Aufgabe, dem Verband mehr Klarheit zu bringen in einer Zeit, in der immer mehr Gewissheiten abhanden zu kommen scheinen. Gewissheiten, die geprägt waren von der zweigeteilten Welt und einem Fortschrittsverständnis, welches vor allem von europäischen Ideen bestimmt wurde. Aber es ist auch eine Zeit, in der uns die programmatische Entleerung der Debatten und der Verlust des demokratischen Diskurses schwer zu schaffen machen.

Viele Fragen werden wieder gestellt: Gilt die Stärke des Rechts oder das Recht des Stärkeren? Ist Frieden noch eines unserer wichtigsten Ziele oder wird Krieg wieder ein akzeptables Mittel der Politik? Muss ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, da die Erschöpfung der planetaren Ressourcen in Form von Extremwetter spürbar wird, der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen hinter ökonomischen Einzelinteressen zurückstehen? Ist es vertretbar, dass fünf Prozent des Bruttoinlandsproduktes für das Militär ausgegeben werden sollen, was so viel ist wie die jährlichen Ausgaben für die Modernisierung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes? Ist soziale Gerechtigkeit auf einmal etwas, was wir uns sparen können?

Der Bundeskongress brachte in den inhaltlichen Fragen das erhoffte starke Signal der Einigkeit gegen einen rückwärtsgewandten Zeitgeist, gegen Rassismus, gegen Demokratiefeindlichkeit und für eine nachhaltige und soziale Politik, die allen Menschen eine gute Zukunft ermöglicht. Das hat uns erfreut und erleichtert.

Wir möchten an dieser Stelle auch für die großartige Hilfsbereitschaft der Genoss*innen der Ortsgruppe Kaiserslautern danken, die unseren Kongress bereichert haben. Auch der freundliche Empfang, den uns der Landesverband Rheinland-Pfalz sowie der rheinland-pfälzische Ministerpräsident und NaturFreund Alexander Schweitzer bereitet haben, bleibt uns in lebendiger Erinnerung. Und wir danken natürlich den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die für den reibungslosen und erfolgreichen Ablauf des Kongresses gesorgt haben.

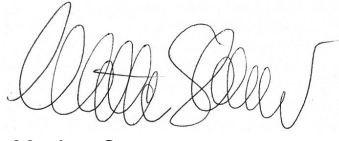
Es gab aber auch anstrengende Debatten, insbesondere zum Thema Frieden. Die sind nötig, um angesichts aktueller Kriege und Kriegsverbrechen zu einer klaren Haltung im Einklang mit unserer Tradition zu kommen. Deshalb scheuen wir sie ganz bestimmt nicht.

Als Ergebnis haben wir jedenfalls ein ansehnliches Paket von Beschlüssen, das wir euch hiermit präsentieren. Wir haben außerdem einen schlagkräftigen neuen Bundesvorstand und eine bemerkenswerte innerverbandliche Geschlossenheit und Solidarität. All dies werden wir in den kommenden drei Jahren brauchen, die an Herausforderungen sicherlich nicht ärmer werden.

Auf gutes Gelingen und Berg frei!



Michael Müller
Bundesvorsitzender



Maritta Strasser
Bundesgeschäftsführerin

Impressum

Herausgeber: NaturFreunde Deutschlands

Warschauer Str. 58a/59a

10243 Berlin

info@naturfreunde.de

Download: www.bundeskongress.naturfreunde.de

Stand: 12. Juni 2025

Übersicht

1. Themenbereich: Unsere Zeitenwende

Frieden verlangt den Mut zur Mündigkeit: Das Wichtigste in der zusammengewachsenen Welt sind Frieden und der Wille zur Zusammenarbeit	Seite	5
NaturFreunde bringen Frieden in Bewegung	Seite	7
Auf der Höhe der Zeit: Programmatische Leitideen und Prinzipien für die Arbeit der NaturFreunde Deutschlands	Seite	8
Neuer Fortschritt – das Ende des naiven Fortschrittsglaubens	Seite	9
Kritik an der Koalitionsvereinbarung	Seite	9
Die soziale und ökologische Gestaltung der Großen Transformation braucht auch einen neuen Wohlstandsindikator	Seite	11

2. Themenbereich: Natur- und Umweltschutz

RESOLUTION Es bleibt dabei: Nein zur Atomenergie!	Seite	12
RESOLUTION Klimaschutz: Unter 1,8 Grad Celsius Erderwärmung bleiben!	Seite	14
Für eine ökologische Bundesverkehrswegeplanung	Seite	15
Für eine bahnpolitische Strategie und eine kohlendioxid- und emissionsreduzierende Verkehrspolitik	Seite	16
Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft und Ernährung	Seite	17
Für eine sozial und ökologisch verträgliche Wärmewende, die Betroffene zu Beteiligten macht	Seite	17
Kein Aufweichen der Gentechnikregulierung	Seite	18

3. Themenbereich: Demokratie und Antirassismus

Hand in Hand gegen Rassismus: Für eine Gesellschaft in der Tradition des Humanismus und der Aufklärung	Seite	20
Unterstützung von FARN	Seite	23
Rechten Terror mit rechtsstaatlichen Mitteln und zivilgesellschaftlicher Stärke bekämpfen	Seite	23
Für Demokratie und Solidarität – Demokratieprojekte sichern	Seite	24
Angriff auf NGOs = Angriff auf die Demokratie	Seite	24
Warnung vor neuer rechter Zusammenarbeit	Seite	25

4. Anträge zur Organisation

Verbandsentwicklung

Unsere Zeitenwende - NaturFreunde stärken!	Seite	26
Benennung einer*eines Antidiskriminierungsbeauftragten	Seite	28
Aufnahme der NaturFreunde in den DOSB	Seite	28
Sozial-ökologisches Wandern	Seite	29
Aufbau eines NaturFreunde-Ideen-Pools	Seite	29

Verbandskommunikation

Optimierung von Sponsoring und Kooperationen bei den NaturFreunden	Seite	30
--	-------	----

Verbandsfinanzierung

Festsetzung der Bundesbeiträge ab 1.1.2030	Seite	31
Mitgliedsbeitrag im ersten Jahr und Mitgliedschaftsnachweis	Seite	31
Anpassung der Entwicklungsabgabe Häuserwerk	Seite	32

Zusammensetzung des Bundesvorstandes	Seite	33
---	-------	----

1. Themenbereich: Unsere Zeitenwende

Frieden verlangt den Mut zur Mündigkeit: Das Wichtigste in der zusammengewachsenen Welt sind Frieden und der Wille zur Zusammenarbeit

A. Die Geschichte der NaturFreunde ist auch eine Geschichte des Einsatzes für den Frieden. Heute sind wir erneut gefordert. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist zum Katalysator für einen Weltordnungskrieg, globale Aufrüstung und die Blockade einer gemeinsamen Friedens- und Weltinnenpolitik geworden. Im Nahen Osten kann eine ganze Region in Flammen gesetzt werden mit furchtbaren Folgen für die Welt. Terror und Gewalt schaukeln sich gegenseitig hoch und treffen vor allem Kinder, alte Menschen und finanziell schwache Gruppen.

In beiden Regionen muss es schnell und dauerhaft zu gerechten Waffenstillständen und Friedensverhandlungen kommen. Und nicht nur dort. Weltweit werden derzeit 21 Kriege und zahlreiche militärische Auseinandersetzungen geführt. Die Forderung „Nie wieder Krieg!“, die Käthe Kollwitz im Auftrag der sozialistischen Jugend 1918 auf ein Plakat zeichnete, ist auch nach den großen Katastrophen des letzten Jahrhunderts immer noch unerfüllt.

B. Aus Sicht der NaturFreunde ist die Entspannungspolitik nicht überholt, aber sie muss weiterentwickelt werden. Das erfordert eine mutige Politik und mündige Staatsbürger*innen. Aufklärung ist auch heute der Ausgang des Menschen aus seiner Unmündigkeit. Oder – wie es aktuell heißen muss – aus der Falle der Kriege und ihrer Eskalation. Haben wir also im Sinne von Immanuel Kant den Mut, uns des eigenen Verstandes ohne die Leitung eines anderen zu bedienen? Das ist der Mut zur Mündigkeit, den wir brauchen, um zu einem kritischen Selbstdenken fähig zu sein.

Kant hat in seinem Spätwerk *Zum ewigen Frieden* seine Moralphilosophie, den kategorischen Imperativ, in der Form eines Friedensvertrages konkretisiert. Der Frieden war für ihn eine kosmopolitische Idee, untergeordnet einem allgemeingültigen Rechtssystem: „Das Recht der Menschen muss heilig gehalten werden, der herrschenden Gewalt mag es auch noch so große Aufopferung kosten.“ Die Ideen des Völkerrechts und die Charta der Vereinten Nationen wurden wesentlich von dieser Schrift beeinflusst.

Die sechs Präliminarartikel von Kant sind noch immer aktuell. Sie sollten aufgegriffen und um soziale und ökologische Ziele erweitert werden. Sie waren die Grundlage für das liberale System des Westens und können durch ihre globale Ausrichtung auf die kritische Vernunft heute zum Friedensvertrag für die zusammengewachsene Welt werden. Dafür brauchen wir eine starke Friedensbewegung, die sich nicht Stimmungen anpasst, sondern der zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik eine klare Absage erteilt.

Dabei lassen wir uns von folgenden Erkenntnissen leiten:

C. Seit drei Jahren findet der Krieg in der Ukraine bereits statt, er droht zu einem Krieg bis zur Erschöpfung zu werden. Krieg bedeutet Tod, Verstümmelung, Elend, Flucht und die Zerstörung von Infrastruktur und Wohngebieten. Er zeigt erneut die grausame Wirklichkeit von Kriegen. Krieg bedeutet Aufrüstung und milliardenschwere Geschäfte für die Rüstungsindustrie. Krieg trifft in erster Linie die finanziell schwachen Schichten. Krieg bedeutet immer auch die Gefahr der Ausweitung und Eskalation, denn Krieg kennt keine Grenze in sich. Er braucht politisch-diplomatische Lösungen statt immer mehr Aufrüstung.

Der Krieg hat eine komplexe und komplizierte Vorgeschichte, die nicht verdrängt werden darf und auch die Frage nach der „Selbstbehauptung Europas“ stellt. Nicht die NATO darf die Politik der EU-Staaten bestimmen, sondern umgekehrt müssen die gewählten Regierungen und Parlamente vorgeben, was die Aufgabe der NATO ist. Zentrales Ziel muss die Gemeinsame Sicherheit sein, so wie sie in der KSZE-Schlussakte und der Charta von Paris für ein neues Europa vorgegeben sind.

D. Nichts rechtfertigt Kriege. Wir sagen Nein zum Krieg und fordern einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen. Der Ukraine-Krieg wird sonst immer stärker zum Katalysator für einen Weltordnungskrieg mit unüberschaubaren Auswirkungen:

1. Der Krieg ist ein Anschlag auf menschliches Leben. Es gibt keine größere Tragödie als die Ermordung von Menschen und keine größere Ungerechtigkeit als das Töten von Kindern. In diesem Krieg sterben nicht nur Soldat*innen auf beiden Seiten, die überwiegend aus einfachen Verhältnissen stammen, sondern auch viele unschuldige Zivilist*innen.
 2. Aus dem Krieg ist ein blutiger Stellungskrieg geworden, der stark an die Schlachten des Ersten Weltkriegs erinnern. Die Gefahr wächst, dass eine ganze Generation ausblutet.
 3. Der Krieg hat eine innere Eskalationsdynamik. Die Gefahr wächst, dass nicht nur immer schwerere Waffensysteme eingesetzt werden, sondern auch die NATO in den Krieg hineinrutscht. Der Einsatz geht bereits über die Ukraine hinaus. Der Krieg kann zu einem großen Krieg in Europa werden.
 4. Der Krieg hat zu einem Ende des militärischen Kontroll- und Rüstungsbegrenzungsregime geführt, das nach der Kuba-Krise von 1962 entstanden ist. Besonders folgenreich für Europa ist die Aufkündigung des INF-Vertrages von 1987, der zur Verschrottung der landgestützten Mittelstreckenraketen zwischen 500 und 5.500 Kilometern Reichweite geführt hat.
 5. Die NATO hat sich – begründet mit dem Ukraine-Krieg – weitreichend neu aufgestellt. Die Aufrüstung nimmt zu und soll deutlich über einen Anteil von zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hinausgehen. Aus dem Nordatlantischen Verteidigungspakt soll mit dem Konzept NATO 2030 eine globale Armee werden, die neben Russland vor allem China als Hauptgegner sieht.
 6. Derzeit verfügen neun Staaten über insgesamt 12.512 Atomwaffen. Russland und die USA verfügen über mehr als 90 Prozent davon. Beide Staaten modernisieren ihre Arsenale und weitere Staaten versuchen Atombomben zu bauen.
 7. Die zusammengewachsene Welt braucht mehr denn je Kooperation und ein gemeinsames Vorgehen. Andernfalls sind die großen globalen Herausforderungen, zu denen insbesondere die Klimakrise gehört, nicht zu bewältigen. Notwendig ist eine Weltinnenpolitik.
 8. Der Mensch ist im Anthropozän zum stärksten Treiber der Naturprozesse geworden. Doch die Natur „schlägt zurück“, Klimakriege werden denkbar. Die Gefahr wächst, dass die Selbstzerstörung möglich wird. Würden die zwei Prozent BIP nicht für Rüstung, sondern für den Klimaschutz verwendet, könnte die Erderwärmung unter zwei Grad Celsius begrenzt werden.
 9. Die EU verzeichnet einen deutlichen Einflussverlust. Die USA diktieren wichtige Entscheidungen. Sie haben ihre Macht auf dem alten Kontinent gesteigert. Die liberale Demokratie wurde geschwächt.
 10. Das Kräfteverhältnis auf der Welt verändert sich stark. Die BRICS-Staaten spielen eine immer stärkere Rolle. China verbreitet mit dem Projekt der Seidenstraßen sein Entwicklungsmodell. Der Globale Süden entwickelt ein neues Selbstbewusstsein.
- E.** Die wichtigste Aufgabe ist es, Wege zu finden, um die Kriege zu beenden. Gemeinsame Sicherheit – heute erst recht! Vor allem in der Ukraine und im Nahen Osten. In Europa sollte eine Konferenz im KSZE-Format, die sich an der Charta von Paris orientiert, Vorschläge für eine dauerhafte gesamteuropäische Sicherheitsordnung aushandeln.
- Für Israel und Palästina muss die Zwei-Staaten-Lösung von Camp David wieder aufgegriffen werden, um zu einer neuen Stabilität und Sicherheit zu kommen.
- F.** Eine neue Friedens- und Entspannungspolitik muss an den Empfehlungen der drei Reports der Unabhängigen UN-Kommissionen der 1980er-Jahre angeschlossen. Dazu zählen der Nord-Süd-Report, das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit und die Leitidee der Nachhaltigkeit. Sie müssen als Einheit gesehen werden. Nord-Süd-Solidarität ist nicht ohne gemeinsame Sicherheit zu erreichen. Und gemeinsame Sicherheit nicht ohne Nachhaltigkeit. Und Nachhaltigkeit nicht ohne Nord-Süd-Solidarität. Das sind die entscheidenden Grundlagen für eine Weltinnenpolitik.
- Doch statt diese Programmatik aufzugreifen, hat sich im politischen und öffentlichen Mainstream der letzten Jahre eine Ausrichtung auf Aufrüstung, militärische Einsätze und Militarisierung der Außenpolitik unter der Dominanz der NATO durchgesetzt. Beispielsweise steht dafür das Papier *Neue Macht – neue Verantwortung* aus dem Jahr 2013, erstellt unter der Führung der Stiftung Wissenschaft und Politik und des German Marshall Fund of the United States.
- Die NaturFreunde Deutschlands bleiben mitbestimmender und kritischer Teil der Friedensbewegung in Deutschland. Angesichts der immer stärkeren Rechtsentwicklung und der Wirkmächtigkeit national-autokratischer Politik initiiert der Bundesvorstand innerverbandlich mit geeigneten Formaten einen Verständigungs- und Diskussionsprozess über die Rolle der

Friedensbewegung und den aktiven Beitrag der NaturFreunde.

Die NaturFreunde Deutschlands werden ihre Bildungsarbeit zu diesem Thema und den sozialen Auswirkungen der Aufrüstung intensivieren.

Die NaturFreunde werden in regelmäßigen Zeitabständen als gemeinsames Projekt Friedenswanderungen organisieren.

ANHANG

Zur weiteren innerverbandlichen Diskussion zum Thema Frieden und Wille zur Zusammenarbeit beschließt der Bundeskongress:

Die Komplexität der heutigen Welt spiegelt sich auch in den Diskussionen der NaturFreunde wider. Die Widersprüche, die wir heute auch in der Mitgliedschaft der NaturFreunde wiederfinden, müssen wir als NaturFreunde aushalten. Den Pluralismus verstehen wir als demokratische Stärke. Unser Ziel ist dennoch ein gemeinsames, das unsere Arbeit vor Ort und auf der politischen Ebene bestimmt.

Der Grundsatz, dass Frieden nicht nur die Abwesenheit von Krieg ist, steht für die NaturFreunde im Mittelpunkt ihres Handelns. Der Platz der NaturFreunde ist auch weiterhin stets an der Seite der Betroffenen von Krieg. Unsere Antwort auf Krieg und Krise sind Diplomatie und Solidarität.

Konkret heißt das für uns:

- Die NaturFreunde unterstützen das Recht auf Kriegsdienstverweigerung.
- Die NaturFreunde leisten aktiv und konkret Hilfe für Menschen auf der Flucht.
- Die NaturFreunde setzen sich für Verhandlungen zur Lösung von Konflikten ein. Wir wollen zivile Mechanismen zur Konfliktbewältigung etablieren.
- Die NaturFreunde stehen hinter dem Völkerrecht und dem Recht auf Selbstverteidigung.
- Die NaturFreunde fordern die Diskussion über eine neue europäische Sicherheitsarchitektur.
- Die NaturFreunde sind als Teil der Internationalen Arbeiter*innenbewegung weiterhin ein Teil der Friedensbewegung mit klarer Position gegen Aufrüstung.
- Die Vereinnahmung der Friedensfrage durch rechte und verschwörungstheoretische Gruppen lehnen die NaturFreunde deutlich ab.
- Die NaturFreunde beteiligen sich weiterhin mit Frieden in Bewegung am friedenspolitischen Diskurs.
- Die NaturFreunde stehen auf der Seite der Internationalen Solidarität und im deutlichen Widerspruch zum Erstarken des Autoritarismus und Nationalismus.
- Die NaturFreunde erkennen an, dass soziale Ungleichheit und Umweltzerstörung weltweit Kriege befördern.

Wir werden allen Gliederungen unterschiedliche Formate anbieten, um auch die noch bestehenden Widersprüche gemeinsam solidarisch zu bearbeiten.



NaturFreunde bringen Frieden in Bewegung

*Frieden in Bewegung – die große NaturFreunde-Wanderung für Frieden und Abrüstung – wird 2025 zum dritten Mal stattfinden. Sie beginnt am 3. Mai als grenzüberschreitende Wanderung mit paralleler Radtour im niederländischen Den Haag und endet am 22. Mai in Bremen. Neben der Wanderung gibt es ein breites Programm mit Kundgebungen und Empfängen bei Bürgermeister*innen, das auf www.frieden-in-bewegung.de ausgeschrieben wird.*

Unterstützt die Friedenswanderung!

Der Bundeskongress ruft alle NaturFreund*innen dazu auf, Frieden in Bewegung 2025 aktiv zu unterstützen. Die Friedenswanderung steht für die zent-

rale Botschaft des Friedens, der Gerechtigkeit und der internationalen Solidarität – Werte, die tief in den Grundsätzen der NaturFreunde verwurzelt sind.

Die Route führt zu Orten des Friedens.

Die Route von Frieden in Bewegung 2025 verbindet zentrale Themen des Friedens wie Abrüstung, internationale Friedensarbeit, Klimagerechtigkeit und den Kampf gegen soziale Ungleichheit.

Die Friedenswanderung startet im Herzen des internationalen Rechts, am Friedenspalast in Den Haag, und passiert auf ihrem Weg nach Bremen wichtige Orte der Erinnerung und Mahnung. Dazu gehören

zum Beispiel das ehemalige KZ Vught, der Atomwaffenstandort Volkel und auch das Ruhrgebiet – eine Region mit einer auch friedenspolitisch bewegten Geschichte. In den Städten Münster und Osnabrück, ehemals Schauplätze des Westfälischen Friedens, erinnert die große Friedenswanderung anschließend an die Errungenschaften der damaligen Friedensverhandlungen und den ständigen Kampf für eine gerechte und friedliche Welt. In der Hansestadt Bremen endet Frieden in Bewegung 2025 dann mit einer großen Abschlussveranstaltung.

Alle NaturFreund*innen sind eingeladen.

Alle NaturFreund*innen, alle Ortsgruppen, Bezirke, Landesverbände, Fachgruppen und die Naturfreundejugend sind herzlich eingeladen, sich an der großen Friedenswanderung zu beteiligen. Dies kann durch

persönliche Teilnahme, die Organisation von begleitenden Veranstaltungen oder die finanzielle Unterstützung der Wanderung erfolgen. Um die Bedeutung von Frieden in Bewegung 2025 zu unterstreichen, werden alle Mitglieder ermutigt, die Friedensbotschaft auch in ihren lokalen Gruppen zu thematisieren und durch Social-Media-Aktivitäten zu verbreiten. Sprecht eure Familien, Freund*innen, Kolleg*innen und Nachbar*innen an und wandert alle gemeinsam mit!

Am Tag des Wanderns soll es viele kleine Friedenswanderungen in Ortsgruppen geben.

Zum Tag des Wanderns am 14. Mai 2025 sind alle Ortsgruppen der NaturFreunde Deutschlands aufgerufen, eigene kleine Friedenswanderungen in ihren Regionen durchzuführen, diese öffentlich zu bewerben und möglichst auch zu dokumentieren.



Auf der Höhe der Zeit: Programmatische Leitideen und Prinzipien für die Arbeit der NaturFreunde Deutschlands

Der Bundesvorstand der NaturFreunde wird aufgefordert, zusammen mit Vertreter*innen der Landesverbände, Fachgruppen und der Naturfreundejugend eine Arbeitsgruppe zu bilden, die programmatische Leitideen und Prinzipien für die weitere Arbeit der NaturFreunde vorlegt. Diese Leitideen und Prinzipien sollen vom nächsten Bundeskongress beschlossen werden.

Ziele der Arbeitsgruppe sind: die historischen Wurzeln der NaturFreunde weiterzuentwickeln, eine Antwort auf die Herausforderungen dieses „unheimlichen Jahrhunderts“ (Thomas Fassbender) zu liefern und den Weg zu einem sozial-ökologischen Fortschritt aufzuzeigen.

Die Leitideen und Prinzipien müssen von der sozialen und ökologischen Gestaltung der Großen Transformation und der Bewahrung des Friedens ausgehen.

Neben der Positionsbestimmung der NaturFreunde-Arbeit im Anthropozän, die der letzte Bundeskongress beschlossen hat, ist das der zweite Baustein in der programmatischen Positionsbestimmung der NaturFreunde-Arbeit.

Wir NaturFreunde zeigen, dass wir auf der Höhe der Zeit sind und mutige Leitideen und Prinzipien für die sozial-ökologische Gestaltung unserer Zeit haben, die den Anforderungen der Zukunft gerecht werden. Wir geben keine kurzfristigen technokratischen oder modischen Antworten, sondern zeigen uns fähig, die Zusammenhänge und Ursachen der heutigen Umbrüche zu beschreiben und die programmatischen Leitideen für einen neuen Fortschritt aufzuzeigen. Mit uns zieht eine neue Zeit.



Neuer Fortschritt – das Ende des naiven Fortschrittsglaubens

Wir NaturFreunde wollen in einem Manifest unsere Sichtweise auf das Erstarken der nationalistisch-völkischen Ideologie deutlich machen und bei befreundeten Organisationen und prominenten Persönlichkeiten dafür werben, dieses Manifest mit zu zeichnen. Wir greifen dabei auch das auf, was im Verband als programmatische Leitideen erarbeitet wird.

Der entscheidende Grund für den Verfall des linksliberalen Konsenses in unserer Gesellschaft wie auch in anderen Gesellschaften ist aus unserer Sicht die Krise der Fortschrittsidee, die in ihrer heutigen Verfassung kein „Weltmodell“ (Max Weber) mehr ist. Je

mehr aber die Welt zu einer Einheit zusammenwächst, werden die Schwächen deutlich. Die „Verflüchtigung“ der Moderne (Zygmunt Bauman) verunsichert viele Menschen und macht sie orientierungslos.

Rechte Parteien versuchen das zu instrumentalisieren. Daher ist eine Auseinandersetzung mit den Umbrüchen unserer Zeit richtig und erforderlich.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, einen Diskussionsentwurf im Verband vorzulegen, der breit diskutiert wird.



Kritik an der Koalitionsvereinbarung

Die Koalitionsvereinbarung bleibt weit hinter den Aufgaben unserer Zeit zurück. Sie orientiert sich am Status quo, nicht aber an einer Erneuerung und Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft. Tatsächlich muss es um die sozial-ökologische Gestaltung der Demokratie und um die Verwirklichung von mehr Demokratie und Beteiligung gehen. Dieser Herausforderung wird der Koalitionsvertrag nicht gerecht.

Die aktuellen Ereignisse verunsichern viele Menschen. Gerade in dieser Zeit der multiplen Krisen und politischer Umbrüche müssen die demokratischen Parteien alle Menschen beteiligen und ihre Themen ernst nehmen. Als NaturFreunde Deutschlands kämpfen wir für die Interessen der Menschen, für deren wirksame Beteiligung und für eine nachhaltige Zukunft.

Die NaturFreunde bestreiten nicht, dass der Ausgang der Bundestagswahl eine Regierungsbildung schwer macht. Aber es gibt Herausforderungen, die weit über parteipolitische Fragen hinausgehen und eine konsequente Politik der sozial-ökologischen Gestaltung der Transformation und für den Frieden in der Ukraine notwendig machen. Darum muss es heute gehen. Weil dies aber nicht geschieht, erklärt das auch den Wahlausgang und den erschreckenden Zuwachs für die AfD. Von daher geht es um grundlegende Herausforderungen für die Zukunft unseres Landes. Sie erfordern eine wirkliche Zeitenwende.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern von der neuen Bundesregierung insbesondere:

1. Den Einsatz für eine europäische Sicherheitsarchitektur: Es fehlt die Bereitschaft für eine Friedensinitiative, um eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen. Das Grundgesetz begrenzt die Bundeswehr auf „Verteidigung“, nicht auf „kriegstüchtig“. Doch die Politik bleibt Feindbildern verhaftet, statt zu einer neuen Friedens- und Entspannungspolitik zu kommen, die auf den Zielen der Helsinki-Akte und der Charta von Paris für ein neues Europa aufbaut. Aber nur so können wir zu Frieden, Rüstungsbegrenzung und Abrüstung kommen.
2. Einen ökologischen und gerechten Klimaschutz: Beim Klimaschutz sind in der Koalitionsvereinbarung große Leerstellen und Fehler, es bleibt vor allem bei einer preislichen Steuerung, obwohl der Klimaschutz einen Mix unterschiedlicher Instrumente und Programme sowie mehr Demokratie und Beteiligung braucht. So aber werden die sozialen Unterschiede auch durch die Klimapolitik verschärft. Der entscheidende Schwachpunkt ist, dass der Schutz der Erdsysteme weiterhin nicht im Zentrum einer mutigen Reformpolitik steht, um die Erderwärmung unter 1,8 Grad Celsius zu begrenzen und die Ökosysteme zu schützen.
3. Soziale und ökologische Modernisierung der Infrastruktur: Notwendig ist nicht nur eine Reparatur,

- sondern eine Modernisierung der gesamtgesellschaftlichen Infrastruktur, um den sozialen, ökologischen und demokratischen Anforderungen gerecht zu werden.
4. Eine menschenwürdige Migrationspolitik: Es braucht sofort eine Abkehr von der Festung Europa und nationalen Grenzkontrollen – und stattdessen ein Bleiberecht für alle Menschen. Des Weiteren fordern wir ein individuelles Asylrecht für alle Menschen unabhängig von deren Nationalität/Herkunft.
 5. Eine höhere und sanktionsfreie Grundsicherung: Finanzielle Sicherheit für alle Menschen und soziale Gerechtigkeit sind entscheidend für ein solidarisches Miteinander und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und sind eine Grundlage einer starken Demokratie.
 6. Abschaffung der Schuldenbremse: Notwendige Investitionen in Bildung, Infrastruktur und die sozial-ökologische Transformation dürfen nicht aufgrund von ideologischer Austeritätspolitik gestrichen werden.
 7. Ein Sondervermögen Demokratie: Es muss in die Demokratie investiert werden – im Rahmen eines Sondervermögens Demokratie.
 8. Wahlalterabsenkung im ersten Schritt auf 16 Jahre: Wirksame Beteiligung fängt beim Wahlrecht an. Alle jungen Menschen müssen wählen und sich zur Wahl stellen dürfen.
 9. Bekämpfung verteilungspolitischer Ungleichheiten: Die Koalitionsvereinbarung verändert nicht die verteilungspolitischen Ungleichheiten, die sich zunehmend in vielen Bereichen unserer Gesellschaft zeigen, so im Wohnbereich, bei der Bildung und in den Sozialsystemen. So ist unsere Gesellschaft weder modern noch gerecht, sie ist nicht zukunftsfähig. Das gefährdet den sozialen Zusammenhalt.
 10. Gerechte Steuern: Vermögen ist in Deutschland sehr ungleich verteilt. Deshalb brauchen wir Folgendes: Eine gerechte Einkommenssteuer, die stärkere Besteuerung von Vermögen, eine Übergewinnsteuer und auch die konsequente Besteuerung von Erbschaften. Mittlere und niedrige Einkommen müssen entlastet und (Super-) Reiche höher besteuert werden. Denn wer mehr verdient, muss auch mehr beisteuern!
 11. Die Einleitung des Verbotsverfahrens gegen die AfD: Wir müssen die Demokratie jetzt schützen. Die Bundesregierung muss daher unverzüglich die Prüfung eines Verbots der AfD beim Bundesverfassungsgericht beantragen.
 12. Vielfalt stärken: Vielfalt stärken heißt Demokratie schützen. So ist die Teilhabe aller im Grundgesetz verankert und muss dementsprechend gestärkt werden. Deshalb ist die Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranzubringen. Maßgebend ist hierfür die UN-Behindertenkonvention.
 13. Stärkung von Frauenrechten: Der Paragraph 218 muss endlich abgeschafft werden, um Frauen das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper zu gewährleisten. Frauen, die von Gewalt betroffen sind – ebenso wie ihre Kinder – haben ein Recht auf sofortigen Schutz und müssen eine umfassende Unterstützung erhalten.
 14. Stärkung von Queerenrechten: Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität muss im Grundgesetz ausgeschlossen werden. Die Bundesregierung muss sich engagiert gegen anti-queere Gewalt und Hetze einsetzen. Das Selbstbestimmungsrecht muss ausgebaut und erweitert werden. Auch das Abstammungsrecht braucht dringend Reformen – Diskriminierung hat hier keinen Platz!
 15. Die Einführung des Mietendeckels: Damit alle Menschen kostengünstigen Wohnraum bekommen, fordern wir einen Mietendeckel. Des Weiteren fordern wir den Stopp von Spekulation mit Wohnraum und Baugrund. Aus diesem Grund muss das kommunale Vorkaufsrecht gestärkt und ausgebaut werden. Auch ein Recht auf bezahlbares Wohnen muss eingeführt werden.
 16. Massive Investitionen zum Schutz und zur Stärkung von Demokratie und unserer Zivilgesellschaft beinhalten für junge Menschen insbesondere folgende Maßnahmen:
 - Ergänzend eine Ausfinanzierung von zentralen Bundesprogrammen zur Extremismusprävention und Demokratieförderung, wie die der Bundeszentrale für politische Bildung, „Demokratie leben!“ und „Zusammenhalt durch Teilhabe“, welche den Herausforderungen angemessen zu gestalten sind.
 - Einen Rechtsanspruch auf Freiwilligendienste, damit sich mehr Menschen aus eigenem Antrieb und aus freien Stücken für ein gesellschaftliches Engagement entscheiden und somit selbstbestimmtes Engagement und Lernen verbinden können.
 - Ein Investitionsprogramm für gemeinnützige Freizeit- und Übernachtungsstätten, um insbesondere verbandseigene Bildungsstätten, an denen internationale Arbeit, politi-

sche Bildung, Erholung, demokratische Willensbildung durch Gremienarbeit und vielfältiges weiteres Engagement stattfindet, zu erhalten.

17. Die Europäische Union demokratisieren: Es werden keine mutigen Initiativen entwickelt, damit die Europäische Union demokratischer, sozialer, friedlicher und nachhaltiger wird. Die EU hat keine gute Zukunft, wenn sie sich in ihrer „Außenpolitik“ den Interessen der NATO unterordnet,

statt Vorreiter für die Idee eines neuen Fortschritts für die globale Welt zu sein. Wir treten für ein Europa der Menschenrechte, der Freiheit und der Gleichheit ein.

Die NaturFreunde wollen zusammen mit anderen Verbänden ein Manifest erarbeiten, um die nationalistische, rechtsextreme Politik, die die Gesellschaft und die Demokratie gefährdet, zu bekämpfen.



Die soziale und ökologische Gestaltung der Großen Transformation braucht auch einen neuen Wohlstandsindikator

Die NaturFreunde fordern den Deutschen Bundestag auf,

1. die Empfehlungen der Enquete-Kommission Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität für einen umfassenden Indikator zur Bestimmung von Wirtschafts- und Lebensqualität aufzugreifen und umzusetzen;
2. eine Enquete-Kommission einzusetzen, die sich mit den fünf großen I des Umbaus (Integration, Inklusion, Investitionen, Innovationen und Infrastruktur) beschäftigt, um
 - a. in unterschiedlichen Szenarien die Fragen der Verteilungskonflikte zu untersuchen, die sich aus den ökologischen Grenzen des Wachstums, insbesondere der Klimakrise ergeben;

- b. entsprechende Empfehlungen für einen sozial gerechten Umgang mit knapper werdenden Ressourcen auszusprechen;
- c. die Konsequenzen für die Wirtschafts-, Technologie- und Sozialpolitik darzulegen, die sich aus einem gezielten Wachsen und Schrumpfen volkswirtschaftlicher Sektoren ergeben;
- d. die Modernisierung der gesamtwirtschaftlichen Infrastruktur aufzuzeigen, um die neue Epoche sozial-ökologischer Gestaltung zu verwirklichen, ohne den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gefährden.

Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deutschen Bundestag.



2. Themenbereich: Natur- und Umweltschutz

RESOLUTION Es bleibt dabei: Nein zur Atomenergie!

I.

Die NaturFreunde Deutschlands bekräftigen ihr Nein zur Nutzung der Atomenergie.

Stattdessen brauchen unser Land, die Europäische Union und die Welt sichere und zuverlässige Energiedienstleistungen. Eine derartige Energiewende beinhaltet den Ausbau der erneuerbaren Energien, eine Effizienzrevolution in der Nutzung von Energie und die gezielte Energieeinsparung. Die Einsparraten müssen deutlich höher liegen als das wirtschaftliche Wachstum. Nur diese Strategien zusammen verdienen das Prädikat „Energiewende“.

In Deutschland wurde mit dem Erneuerbaren-Energie-Gesetz, das sich allerdings nur auf den Strombereich beschränkt, ein wesentlicher Schritt zu einer nachhaltigen Energieversorgung gemacht. Doch auch das ist noch keine Energiewende, so wie sie notwendig wäre. Im Gegenteil: Es ist eine „amputierte“ Energiewende, die auch innerhalb des Strombereichs noch Schwachstellen und Mängel hat.

Auch im Mobilitätsbereich kommt die Umstellung auf E-Mobilität nur langsam voran. Es fehlt an den notwendigen Infrastrukturen für die E-Mobilität und die notwendige sozial-ökologische Verkehrswende. Vor allem bei den öffentlichen Verkehrsmitteln bedürfte es einer großzügigen Förderung hin zu einem klima- und bürger*innenfreundlichen Nahverkehr, der bis heute nicht in Sicht ist.

II.

Die NaturFreunde begrüßen, dass am 15. April 2023 in Deutschland die letzten drei kommerziellen Atomreaktoren Neckarwestheim 2, Isar 2 und Emsland vom Netz gegangen sind.

Damit ist das kurze und immens teure Kapitel der Atomenergie in Deutschland zu Ende gegangen, obwohl die Folgen unendlich lange nachwirken. Der hochradioaktive Müll, der seit der Inbetriebnahme des ersten Reaktors 1951 angefallen ist, muss über eine Million Jahre sicher vor Mensch und Natur gelagert werden. Das sprengt alle bekannten Dimensionen menschlicher Verantwortung, denn derartige

Folgen müssen an ein gesichertes Vorauswissen gebunden sein.

Am 20. Dezember 1951 verkündete der amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower das Programm „Atoms for Peace“, nachdem am 20. Dezember 1951 ein Versuchsreaktor in Arco (Idaho) elektrischen Strom erzeugt hatte. Damit wollte Eisenhower auch von den schrecklichen Folgen der beiden Atombombenabwürfe über den beiden japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki ablenken.

In Deutschland hatte der „Uranverein“ um Werner Heisenberg und Carl-Friedrich von Weizsäcker das atomare Wissen der Kriegsjahre bewahrt. Nachdem es 1955 zum Vertrag von Paris kam, der Westdeutschland mehr nationale Souveränität zugestand, wurde am 20. Oktober 1955 das Bundesministerium für Atomfragen gegründet, dessen erster Minister Franz-Josef Strauß war. Wie auch Bundeskanzler Konrad Adenauer zog Strauß in Erwägung, das atomare Know-how für den Bau deutscher Atomwaffen zu nutzen. Gestoppt wurde dieser Plan durch die „Göttinger 18“, zu denen die Nobelpreisträger Max Born, Otto Hahn und Werner Heisenberg gehörten. Dagegen befürworteten sie die „zivile Nutzung“ der Atomkernspaltung.

Die – allerdings seltenen – Warnungen wurden nicht gehört. In den 1960er- und 1970er-Jahren kam es zum Ausbau der Atomenergie. Das änderte sich auch 1979 nicht nach der Beinahe-Atomkatastrophe im amerikanischen Harrisburg und 1986 mit dem Super-GAU in der ukrainischen Atomzentrale von Tschernobyl. In der Bundesrepublik waren 1980 elf kommerzielle Atomkraftwerke (AKW) in Betrieb und sieben im Bau, in der DDR fünf in Betrieb und drei im Bau.

Der Wendepunkt in der Bewertung der Atomenergie in Westdeutschland begann mit den Auseinandersetzungen über das geplante AKW im badischen Wyhl, die Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf und dem Bau des AKW Brokdorf in der Nähe von Hamburg. Seit 1986 gab es dort laut Meinungsumfragen eine stabile Mehrheit zumindest für einen mittelfristigen Ausstieg.

Ausschlaggebend für die ablehnende Haltung waren und sind:

1. Die Sicherheitsfrage, die einen Unfall, der auf keinen Fall zu verantworten wäre, nicht ausschließen kann. Während Unfälle als ein berechenbares Risiko bewertet werden müssen, ist der atomare GAU eine Gefahr, die nicht zu berechnen und damit nicht zu beherrschen ist.
2. Das atomare Know-how ist der Schlüssel für die militärische Nutzung und damit auch für den Missbrauch der Atomkernspaltung.
3. Die Nutzung der Atomenergie hinterlässt hochradioaktiven Abfall, der eine Million Jahre sicher geschützt werden muss. Nirgendwo in der Welt gibt es ein Lager, das den deutschen Sicherheitsanforderungen entspricht.
4. Das System der Atomenergie ist systembezogen auf einen durchgehend hohen Stromverbrauch ausgerichtet. Das widerspricht einem zentralen Ziel der Energiewende: der Einsparung.

Es dauerte aber bis zur ersten rot-grünen Koalition, die im Jahr 2000 das „Gesetz über die geordnete Beendigung der Kernenergie“ durchsetzen konnte. Als im Oktober 2010 die schwarz-gelbe Bundesregierung unter Angela Merkel die Entwicklung wieder zurückdrehen wollte, wurde sie von der Realität eingeholt: Am 11. März 2011 kam es im japanischen AKW Fukushima-Daiichi zu einem dreifachen Super-Gau. Die politische Kettenreaktion erreichte auch Berlin. Die CDU/CSU konnte Tschernobyl nicht länger mit milderer östlicher Technik erklären. Der Deutsche Bundestag stimmte in der Folge für eine Änderung des Atomgesetzes mit dem Ziel des Ausstiegs aus der AKW-Nutzung.

III.

Die NaturFreunde sagen Nein zur Forderung nach einem Neueinstieg in die angeblich neuen Reaktorlinien, insbesondere mit Small Modular Reactors (SMR).

Heute wird mit fragwürdigen Behauptungen versucht, auch in Deutschland zur Atomenergie zurückzukehren. Die Forderungen kommen aus CDU/CSU, FDP und AfD. Behauptet wird:

1. Die Atomenergie sei klimaverträglich. Das ist aus zwei Gründen falsch: Zum einen emittiert sogar ein GuD-Kraftwerk (GuD: Gas-und-Dampfturbinen) über den ganzen Lebensweg weniger Kohlendioxid als ein AKW, von den erneuerbaren Energien ganz zu schweigen. Zum anderen sind die Atomkraftwerke wirtschaftlich, technisch

und organisatorisch auf einen hohen Stromverbrauch ausgerichtet und damit das Gegenteil einer effizienten Strombereitstellung. Das hat die Klima-Enquete bereits 1988 ausgiebig begründet.

2. Neue leichtwassergekühlte Reaktoren der dritten Generation wie der Europäische Druckwasserreaktor (EPR), AP1000 oder VVER1200 seien im Vormarsch. Tatsächlich sinkt weltweit die absolute Zahl der Atomkraftwerke. Ihr Durchschnittsalter liegt heute bei fast 33 Jahren. In Frankreich, dem stärksten Atomland in Europa, ist rund ein Drittel der AKW wegen Überalterung oder Reparatur nur noch begrenzt im Einsatz. Auch sind die Bauzeiten neuer Reaktoren viel länger und die Kosten viel höher als anfangs behauptet. In Finnland war der EPR 12 Jahre später als geplant und viermal teurer als berechnet „schlüsselfertig“. Im französischen Flamanville ist der EPR nach 14 Jahren Bauzeit und enorm gestiegenen Kosten noch nicht am Netz. Im englischen Hinkley Point, wo das AKW frühestens 2026 fertiggestellt sein wird, werden die Kosten auf 27 Milliarden geschätzt. In China steht der erste EPR in Taishan nach heftigen Vibrationen bereits still.

Kurz: Unbeschadet der weiter bestehenden Sicherheitsbedenken und der ungelösten Entsorgungsprobleme können neue Atomkraftwerke keinen Beitrag zum Klimaschutz und zur Energiewende leisten. Ihre Bauzeiten sind zu lange und sie sind viel zu teuer.

Vor allem Vertreter*innen der Industrie, die von großen Mengen günstigem Strom profitieren, wie beispielsweise die IT-Industrie, insbesondere mit Fokus auf den sogenannten Künstlichen Intelligenzen, aber auch die Individuelle E-Mobilität, sind häufig Förder*innen neuer Atomkraftwerke.

Ähnliches ist von der Automobilwirtschaft bezüglich der Umstellung auf E-Autos zu erwarten. Sie fordern neue kleinere Kraftwerke (SMR bis 300 Megawatt) mit geringerer Leistungsstärke, die angeblich sicher und preislich günstiger als die bisherigen Atomkraftwerke seien. Tatsächlich scheint das Gegenteil der Fall zu sein, sodass ein genaueres Hinsehen angebracht ist:

- In der Regel handelt es sich bei den SMR um Reaktorkonzepte aus den 1950er-Jahren, die in den 1970er-Jahren wieder eingestellt wurden. Sie sollten, so die Werbung, die hochradioaktiven Abfälle reduzieren, zu einer höheren Brennstoffausnutzung kommen sowie zu verringerten Prolife-

rationsrisiken führen. Neben einigen Prototypen (Schneller gasgekühlter Reaktor, Höchsttemperaturreaktor, Überkritischer Leichtwasserreaktor, natrium- oder bleigekühlter Reaktor oder Flüssigsalzreaktor) sind sechs SMR-Reaktoren in Betrieb. Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung kommt in einem Gutachten durchweg zu einer negativen Bewertung. Auch die Wirtschaftlichkeit ist nicht gegeben.

- Dennoch haben 14 Staaten das „Gen IV International Forum“ zur Förderung nicht-leichtwassergekühlter Reaktorlinien gegründet. Die groß angekündigten Demonstrationsprojekte wurden allerdings immer wieder verschoben, zuletzt bis in die 2040er-Jahre.
- In den USA will die Firma Terra-Power mit Unterstützung des Energieministeriums Reaktoren mit einem schnellen Neutronenspektrum bauen. Beteiligt ist auch die IT-Branche mit ihren IT-Giganten. Der Dual-Fluid-Reaktor, der durch die Kombination eines Flüssigsalzbleireaktors mit einer Hochtemperatur-Wiederaufbereitungsanlage angeblich fast alle Energieprobleme lösen könne,

zeigte in der ersten Demonstrationsanlage erhebliche Korrosionsschäden. Größte Unfälle wären möglich geworden.

Bei der Forderung nach Nutzung der Atomenergie in Form der SMR geht es vor allem um Wirtschaftsinteressen. Eine sichere Lösung der Energieprobleme bringt sie nicht, zumal es zu viele Jahre dauern würde, ehe eine entsprechende Infrastruktur zur Verfügung stünde. Das wäre eine enorme Verschwendung von Geld und Zeit und würde die eigentlich notwendigen Investitionen in Energieeffizienz und erneuerbare Energien erschweren.

Die NaturFreunde Deutschlands fordern daher gut begründet: Kein Rütteln am vereinbarten Atomausstieg! Anstatt dessen eine konsequente Umsetzung der Energiewende mit den Kernelementen „Erhöhung der Energieeffizienz“ sowie „Steigerung des sozial- und naturverträglichen Ausbaus der erneuerbaren Energien“!



RESOLUTION

Klimaschutz: Unter 1,8 Grad Celsius Erderwärmung bleiben!

Nach Auffassung der Vereinten Nationen ist die Klimakrise die größte Herausforderung der Menschheit. UN-Generalsekretär António Guterres warnt: „Die Welt schafft es nicht, die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Es ist Zeit für eine Supernova an Klimaanstrengungen, in jedem Land, in jeder Stadt, in jedem Sektor.“ Auch die NaturFreunde sind der Auffassung, dass der Schutz des Erdsystems ins Zentrum politischer Anstrengungen gehört.

Viel Zeit wurde bereits verloren, um die heraufziehende Klimakatastrophe zu stoppen. Der erste Rettungsversuch, das Kyoto-Protokoll von 1997, ist gescheitert. Auch das Ziel der Pariser Klimakonferenz von 2015, die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen, ist schon deutlich verfehlt. Im letzten Jahr wurde eine Erhöhung in einer Monatsspitze um fast 1,7 Grad erreicht. Selbst eine Begrenzung auf 2 Grad wird nur noch sehr schwer zu erreichen sein. Unser Ziel ist es, die Erwärmung möglichst unter 1,8 Grad Celsius zu begrenzen, denn oberhalb dieses Wertes ist das Eintreten der ersten problematischen Kippunkte, die eine Beschleunigung und Unumkehrbarkeit

eintreten lassen, zu befürchten. Die Klimakrise ist eine Menschheitsgefahr.

Mit ihr drohen erbitterte Verteilungskämpfe um die weniger werdenden Regionen eines verträglichen Lebens auf der Erde und um die knapp werdenden Ressourcen unseres Planeten. Kriege um grüne Oasen des Wohlstands werden denkbar. Soll unser Erdsystem die Heimat der Menschheit bleiben, müssen die ökologischen Grenzen der Belastbarkeit des Erdsystems eingehalten werden. Das bedeutet: Entweder kommt es schnell zu einer Welt der Nachhaltigkeit oder ein Ende der menschlichen Zivilisation wird denkbar. Das Erdsystem wird eine Zukunft haben, aber in einer Form, die für den Menschen unverträglich ist.

Bei der Klimakrise geht es auch um den Frieden auf unserem Planeten – Frieden mit der Natur und Frieden mit den Menschen. Das erfordert globale Solidarität, Gemeinsame Sicherheit und Nachhaltigkeit, die drei großen Leitlinien der Vereinten Nationen. Sie verlangen weitaus mehr als nur wenige Korrek-

turen am Bestehenden, stattdessen eine grundlegende Stabilisierung durch die Verträglichkeit des menschlichen Lebens mit der Natur. Kurz: Die Klimakrise muss zum Ausgangspunkt für die Neubestimmung des gesellschaftlichen Fortschritts in globaler Verantwortung werden.

Um das Erdsystem für menschliches Leben zu schützen, sind grundlegende Reformen für mehr Gerechtigkeit, Demokratie, eine nachhaltige Entwicklung und Gemeinsame Sicherheit notwendig. Und alles muss als Einheit gesehen werden. Entscheidend für die Stabilisierung des Erd- und Klimasystems ist zudem das Streben nach Gemeinsamkeit – national, europäisch und global. Stattdessen sind regulatorische Maßnahmen wie zum Beispiel ein Tempolimit vorzuziehen.

Die Herausforderung der Großen Transformation, die heute vornehmlich von Marktprozessen vorangetrieben wird, muss sozial und ökologisch gestaltet werden. Sie darf nicht den Gesetzen der Gier, des Egoismus und der schnellen Verwertung überlassen werden. Eine „grüne Technokratie“ reicht ebenfalls nicht aus. Deren Lösungsansätze, die Ressourcen der Waren, Produkte und Fertigungsmethoden einer stetig steigenden Bepreisung zu unterwerfen, würde angesichts der großen sozialen Ungleichheiten die Spaltung der Gesellschaften vertiefen. Die Bepreisung steht nämlich vor einem unlösbaren Dilemma: Entweder müsste eine wirksame Klimabepreisung angesichts der Versäumnisse beim Klimaschutz so hoch sein, dass sie soziale Spaltungen vertieft. Oder

sie wird so ausgeglichen, dass sie keine große Wirkung mehr hat.

Entscheidend für den Klimaschutz sind folgende Aktivitäten:

Erstens muss der dauerhafte Schutz des Erdsystems für menschliches Leben auf eine innovative, gerechte und schnelle Weise bewahrt werden.

Zweitens muss der Klimaschutz zum Ausgangspunkt politischer und wirtschaftlicher Entscheidungen werden, also ins Zentrum der Gesellschaftspolitik rücken.

Drittens muss damit sofort und umfassend und daher mit deutlich größeren Anstrengungen als bisher begonnen werden. Es wurde schon viel zu viel Zeit verloren!

Der Bundesvorstand der NaturFreunde wird aufgefordert, in einem Informationspapier die grundlegenden Fragen des Klimasystems und die Tragweite der Herausforderung aufzuzeigen. Ebenso soll die Richtung der NaturFreunde-Antworten aufgezeigt werden, nämlich den Weg grundlegender gesellschaftlicher Reformen für den Schutz der sozialen und natürlichen Mitwelt zu beschreiben – gerecht, ökologisch und demokratisch.

Die NaturFreunde werden Bildungsveranstaltungen zum Themenkomplex durchführen und sich an Aktionen zum Klimaschutz beteiligen.



Für eine ökologische Bundesverkehrswegeplanung

Die NaturFreunde werden sich bei den Abgeordneten des Deutschen Bundestages und bei den zuständigen Ministerien für eine ökologische Bundesverkehrsplanung in Deutschland einsetzen.

Die Bundesverkehrswegeplanung muss umgehend an die internationalen und nationalen Naturschutz- und Klimaziele angepasst werden. Vorrang muss der Erhalt von Brücken, Straßen und Schienen sowie der Ausbau des Schienennetzes haben. Die bestehenden Bedarfspläne mit den geplanten sowie nicht abgeschlossenen Verkehrsprojekten sind auf Natur- und Klimaziele zu überprüfen und die Verkehrsprojekte neu zu priorisieren.

Dazu gehören:

- der Verzicht auf den Neubau von Autobahnen sowie die Erweiterung von bestehenden Autobahnen um weitere Spuren (zum Beispiel die Erweiterung der A5 auf zehn Spuren zwischen Friedberg und dem Frankfurter Kreuz);
- der Verzicht auf den geplanten Fernbahntunnel in Frankfurt, um so finanziellen Spielraum zu schaffen für die Umsetzung von Alternativplanungen;
- der Erhalt von Straßen, Brücken und Schienwegen statt einzelne Milliardenprojekte;
- die Verdichtung der Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) in der Fläche durch Schaffung eines dichten Netzes an regelmäßig,

- pünktlich und zuverlässig verkehrenden Bussen und Bahnen und funktionierenden Umsteigeverbindungen;
- die sofortige Einführung einer Höchstgeschwindigkeit von 100 km/h auf Autobahnen, 80 km/h außerorts und einer Regelgeschwindigkeit von 30 km/h innerorts;
- der bevorzugte Ausbau von Radwegen;

- Infrastrukturmaßnahmen unter Berücksichtigung des Natur- und Umweltschutzes, des Landschaftsschutzes, des Wasserschutzes und des Lärmschutzes, die Investitionen erfordern. Wo sinnvoll können bauliche Maßnahmen wie zum Beispiel bergmännisch ausgeführte Tunnel in freier Landschaft, Wildbrücken oder Einhausungen erfolgen.



Für eine bahnpolitische Strategie und eine kohlendioxid- und emissionsreduzierende Verkehrspolitik

Binnen eines Zeitraums von 25 Jahren müssen in Deutschland – und zwar auch nach dem jüngst geänderten Klimaschutzgesetz – alle Sektoren ihre Treibhausgasemissionen (und dies gilt vor allem für Kohlendioxid) auf null senken. Weit entfernt von jeglichen Reduzierungen ist allerdings der Verkehrsbereich und hier vor allem der Straßenverkehr. Über Jahrzehnte wurden in diesem Sektor keinerlei Reduzierungen an klimaschädlichen Emissionen erreicht – im Gegenteil.

So schreibt das Umweltbundesamt (UBA): „Der Anteil des Verkehrs an den Gesamtemissionen ist seit 1990 von etwa 13 auf 19,4 Prozent im Jahr 2021 gestiegen. Die absoluten Kohlendioxid-Emissionen im Betrieb des Straßengüterverkehrs erhöhten sich zwischen 1995 und 2021 trotz technischer Verbesserungen um 23 Prozent.“ Mit 170 Millionen Tonnen Kohlendioxid pro Jahr ist der Verkehrssektor der drittgrößte Emittent in Deutschland.

Folglich erfordern die Klimaziele eine starke Verlagerung weg von der Straße hin zu effizienteren Verkehrsmitteln. Züge sind hier gegenüber Kraftfahrzeugen (Kfz) stark im Vorteil:

- sie sind zwei- bis dreimal energieeffizienter im Personenverkehr sowie drei- bis fünfmal im Güterverkehr;
- die direkte Elektrifizierung als effizienteste Antriebsart ist weit fortgeschritten;
- im Gegensatz zu Kfz spielt die verwendete Energie zum Bau von Zügen aufgrund deren hohen Fahrleistungen praktisch keine Rolle.

Die NaturFreunde fordern daher:

- die Beschleunigung einer ökologischen Ausrichtung der Bahnpolitik;
- keine Zerschlagung der Bahn, stattdessen den Umbau der Bahn zum gemeinwohlorientierten Unternehmen;
- eine schnellstmögliche Reduzierung von Emissionen im Verkehr durch maximale Verlagerung des Pkw- und Lkw-Verkehrs auf die Schiene;
- eine Orientierung aller Investitionen an den größten Verlagerungs- und Klimaschutzpotenzialen;
- eine Beendigung klimaschädlicher Großprojekte, keine Fixierung auf wenige, teure, lange dauernde Prestigeprojekte der Hochgeschwindigkeit mit vielen Tunnelstrecken und -bahnhöfen.

Als Sofortmaßnahmen fordern wir:

- eine leistungssteigernde Tempo-Harmonisierung der Bahn auf allen überlasteten Strecken bei Durchschnittsgeschwindigkeiten im mittleren Tempo (circa 120 km/h);
- einen auf die Tempo-Harmonisierung ausgerichteten Ausbau, um die Leistung im Personen- und insbesondere im Güterverkehr rasch um ein Mehrfaches zu steigern;
- den Erhalt des Deutschlandtickets. Dabei soll es eine soziale Staffelung der Preisgestaltung geben. Langfristig streben die NaturFreunde einen kostenlosen ÖPNV an.

Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deutschen Bundestag.



Für eine sozial-ökologische Landwirtschaft und Ernährung

Angesichts der sich weiter verschärfenden Überlastung der Biosphäre mit reaktiven Stickstoffverbindungen fordern die NaturFreunde Deutschlands einen grundsätzlichen Wandel hin zu einer sozial-ökologischen Landwirtschaft und Ernährung. Die Förderung der Massenproduktion von tierischen Nahrungsmitteln durch die Gemeinschaftliche Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union (EU) muss beendet werden. Anzustreben ist eine bezahlbare Ernährung der Bevölkerung, die auf einem deutlich höheren pflanzlichen Anteil basiert und eine vollwertige Ernährung mit qualitativ hochwertigen Produkten.

Die NaturFreunde fordern daher:

- eine Umstellung auf eine tier- und umweltverträgliche Produktionsweise;
- den Schutz der kleineren bäuerlichen Betriebe vor der Konkurrenz der Großbetriebe mit Massentierhaltung, da ökologische kleinbäuerliche Betriebe zu einer vielfältigen Agrarstruktur beitragen;
- die Streichung von klimaschädlichen Subventionen und die Förderung von Klimaschutz in der Landwirtschaft;
- die Bekämpfung des Artensterbens durch Glyphosatverbot und Pestizidreduktion gemeinsam mit

den Höfen, die Reduzierung des Einsatzes von chemisch-synthetischen Pestiziden und den Stopp von Exporten von in der EU verbotenen Pestiziden;

- die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten für Lebensmittel mit hohem Qualitätsniveau;
- die Förderung von Landwirt*innen für klar definierte Gemeinwohlleistungen im Bereich des Umwelt-, Natur-, Klima- und Tierschutzes.

Die NaturFreunde Deutschlands empfehlen bewirtschafteten Naturfreundehäusern, Mahlzeiten mit einem deutlich verringerten Fleischanteil anzubieten.

Um mit einem guten Beispiel voranzugehen, empfehlen die NaturFreunde Deutschlands das von der Naturfreundejugend Deutschlands bereits etablierte und erprobte Fairspeisen-Siegel bei NaturFreunde-Veranstaltungen einzuführen.

Die NaturFreunde werden weiterhin aktiv mit der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und weiteren ökologischen Verbänden zusammenarbeiten.



Für eine sozial und ökologisch verträgliche Wärmewende, die Betroffene zu Beteiligten macht

Neben dem Stromsektor muss auch der Wärmesektor auf eine nachhaltige und klimafreundliche Basis gestellt werden. Bis heute wird der Wärmesektor von fossilen Energieträgern dominiert. Dies gilt für den Gebäudebereich genauso wie für die Industrie. Die schnelle und deutliche Erhöhung des erneuerbaren Anteils bei der Wärmeversorgung ist ein dringend notwendiger Schritt zu mehr Klimaverträglichkeit.

Die Wärmeversorgung im Gebäudebereich ist ein zentraler Bereich der Daseinsvorsorge. Hier spielen die Kommunen eine Schlüsselrolle: Sie sind es, die in der kommunalen Wärmeplanung (KWP) den Weg zu einer zukunftsfähigen Wärmeversorgung in Städten und Gemeinden aufzeigen und organisieren müssen.

Mit dem Wärmeplanungsgesetz (WPG) vom 22. Dezember 2023 wurde eine bundesweite Grundlage für die KWP geschaffen. Für die energetischen Anforderungen und Sanierungspflichten an Gebäuden gilt das Gebäudeenergiegesetz (GEG).

Die Wärmewende von der fossilen hin zu einer erneuerbaren Wärmeversorgung betrifft die Hauseigentümer*innen, die Wohnungseigentümer*innen und nicht zuletzt die Mieter*innen. Die Wärmewende wird erfolgreich sein, wenn sie vom Vertrauen der Menschen getragen ist und die damit verbundenen Kosten von ihnen als gerecht empfunden werden und von ihnen getragen werden können.

Erneuerbare Energien zur Wärmeversorgung spielen im Bestand bisher eine geringe Rolle. Noch immer werden 79 Prozent der knapp 20 Millionen Wohngebäude mit Öl und Gas beheizt. Aber auch die Nutzung vorhandener Effizienzsteigerungspotenziale wurde jahrelang vernachlässigt. Während eine energieeffizientere und auf Basis erneuerbarer Energien erfol-

gende Wärmeversorgung im Neubaubereich einfacher zu gewährleisten ist, liegt die Herausforderung insbesondere bei den Altbauten. Die Wärmewende ist im Kontext einer notwendigen energetischen (Altbau-) Sanierung vor allem auch im Hinblick auf ihre sozialen Auswirkungen von zentraler Bedeutung.

Die Wärmeplanung ist daher in hohem Maße auch eine sozialpolitische Aufgabe, denn bezahlbare Energiepreise sind für viele Menschen mit geringem Einkommen existenzsichernd. So sind die Wohnkosten nach einer Studie des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes vom Dezember 2024 bei Zugrundelegung der tatsächlichen und nicht nur der statistischen Wohnkosten für viele Haushalte nur schwer zu tragen. Bei der Wärmewende und einer damit verbundenen Sanierung ist die Auswirkung auf die Armut bestimmter Bevölkerungsgruppen besonders zu berücksichtigen. Dies könnte zu Angst und zu einem Vertrauensverlust der Bürger*innen führen.

Aus Sicht der NaturFreunde muss die Wärmewende aus den Komponenten

- Dekarbonisierung der Wärmeversorgung, auch der Fernwärme,
- geringerer Ressourcenverbrauch, geringerer Wärmebedarf durch energetische Sanierung im Gebäudebestand sowie der
- sozialverträglichen Gestaltung bestehen.

Die NaturFreunde Deutschlands sind sich bewusst, dass die Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung eine Generationenaufgabe mit einem hohen Investitionsbedarf ist.

Die NaturFreunde fordern daher, dass:

- die Wärmewende zur kommunalen Pflichtaufgabe wird;
- Klimaschutz und Wärmewende als Gemeinschaftsaufgabe ins Grundgesetz aufgenommen werden;
- die Finanzierung der Wärmewende dauerhaft gesichert wird;
- soziale Aspekte bei den Förderprogrammen integriert werden müssen;
- wenn Umbauten zur Pflicht werden, diese sozial abgefedert werden müssen;
- die Bürger*innen von Anfang an an der Wärmeplanung beteiligt sein müssen;
- die Bürger*innen über die beabsichtigte Entwicklung der Strom- und Gas- sowie Nah- und Fernwärmenetze frühzeitig informiert werden.

Die NaturFreunde werden

- sich daher im Rahmen ihrer umwelt- und klimapolitischen Netzwerk- und Gremienarbeit für die zügige Umsetzung einer sozial und ökologisch verträglichen Wärmewende einsetzen;
- sich darüber hinaus im Rahmen ihrer innverbandlichen Aktivitäten und hier insbesondere über den Bundesfachbereich Umwelt, Naturschutz und Sanfter Tourismus über entsprechende Informationsangebote den Fragen der Wärmeplanung und der Wärmewende widmen. Dabei wird der Fokus auf eine sozialverträgliche Umsetzung der Wärmewende gerichtet.



Kein Aufweichen der Gentechnikregulierung

Der NaturFreunde-Standpunkt ist klar: Die Neue Gentechnik (NGT) ist Gentechnik, auch wenn eine mächtige Lobby versucht, mit dem verharmlosenden Begriff „Neue Züchtungstechnik“ den Unterschied zu konventioneller Züchtung zu verwischen. Die als „Genschere“ bezeichnete CRISPR/CAS-Methode schneidet zwar gezielt die DNA aus. Es ist jedoch viel zu wenig über Wechselwirkungen bekannt, so dass unbeabsichtigte, unerwünschte Effekte nicht auszuschließen sind.

Alle Gentechnik-Verfahren müssen weiter strikt reguliert werden. Bisher fällt auf EU-Ebene die CRISPR/

CAS-Methode unter Gentechnik und unterliegt damit den sehr sinnvollen Regulierungen. Doch diese Regulierungen sollen nun aufgeweicht werden.

Im Juli 2023 hat die EU-Kommission einen Verordnungsvorschlag eingereicht, der darauf abzielt, dass Produkte aus Neuen Gentechniken nicht mehr als Gentechnik bezeichnet und auch nicht mehr entsprechend reguliert werden sollen. Das Europäische Parlament hat im Februar 2024 dem Vorschlag zugestimmt. Der Agrarminister*innenrat hingegen konnte sich nicht einigen. Aus diesem Grund wird über den Vorschlag der Kommission weiter diskutiert. Die am-

tierende Ratspräsidentschaft plant in der ersten Jahreshälfte in 2025 einen Kompromiss zu finden. Es ist davon auszugehen, dass im Laufe des Jahres 2025 der Verordnungsvorschlag angenommen wird.

Die NaturFreunde Deutschlands lehnen den EU-Kommissionsvorschlag ab. Die NaturFreunde werden sich aktiv an EU-Abgeordnete in ihren Wahlkreisen und an Bundestagsabgeordnete wenden, um ihre Position deutlich zu machen.

Nur so können die Umwelt, die Verbraucher*innen sowie die gentechnikfreie Landwirtschaft vor gentechnikveränderten Lebensmitteln geschützt werden.

Die NaturFreunde fordern daher:

- Der im Jahr 2023 von der EU-Kommission vorgelegte Verordnungsvorschlag zur Deregulierung von Gentechnik muss abgelehnt werden. Entsprechend dem europäischen Vorsorgeprinzip und dem Umwelt- und im Einklang mit Verbraucher*innenschutz müssen die **Neuen Gentechniken weiterhin als Gentechnik** eingestuft werden und einem verpflichtenden Prüfungsverfahren unterliegen, da es zu viele offene Fragen zum Risiko gibt.
- Aus NGT-Pflanzen hergestellte Lebens- und Futtermittel müssen gekennzeichnet werden. Nur so ist die Wahlfreiheit der Konsument*innen gewährleistet.

- Auch für die NGT muss die EU-Freisetzungsrichtlinie mit Genehmigungspflicht gelten. Denn nur so kann eine umfassende Risikobewertung, die Rückverfolgbarkeit und die Kennzeichnung garantiert werden. Das deutsche Gentechnikrecht sollte erhalten bleiben, da es zusätzlich die Erfassung in einem öffentlich zugänglichen Standortregister und Haftungsregeln enthält. Einmal freigesetzte NGT-Pflanzen können nicht mehr zurückgeholt werden.
- Entsprechend dem Verursacher*innenprinzip muss eine **Haftung** für Schäden durch Kontamination gewährleistet sein. Verursacher*innen könnten nicht mehr belangt werden, wenn NGT-Pflanzen ohne Zulassungsverpflichtung unkontrollierbar in die Umwelt gelangen würden und Einkreuzungen sowie Vermischungen stattfinden, wodurch eine **Koexistenz** verhindert wird.
- Die bäuerliche Landwirtschaft muss davor geschützt werden, dass das Saatgut und damit unsere Lebensgrundlagen infolge Patentierungen in den Händen weniger Großkonzerne liegt. Gefährliche Abhängigkeiten wären sonst die Folge.

Übermittlung an deutsche Gruppen der demokratischen Fraktionen im Europäischen Parlament und an die NaturFreunde Internationale.



3. Themenbereich: Demokratie und Antirassismus

Hand in Hand gegen Rassismus: Für eine Gesellschaft in der Tradition des Humanismus und der Aufklärung

„Die Sorgen, die uns bewegen, können nicht durch Deklamationen des guten Willens und durch Festreden aus der Welt geschafft werden. Die Magie der Worte Humanität, Menschenrecht, Menschenwürde, Menschenliebe, auch Brüderlichkeit, droht im Gang eines politischen Lebens ihre Kraft zu verlieren.“
Willy Brandt

NaturFreunde gegen Ausgrenzung und Hass

Die NaturFreunde wurden bereits 1895 als internationaler Verband gegründet. Seitdem engagieren sich die NaturFreunde gegen jegliche Form von Nationalismus, Antisemitismus und Revanchismus. Die NaturFreunde setzen sich für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung ein und halten an ihrer Forderung für offene Grenzen für Menschen in Not fest.

Gemeinsam mit antirassistischen und antifaschistischen Gruppen, Organisationen und Bündnissen werden sich die NaturFreunde den rechtspopulistischen, nationalistischen und faschistischen Parteien und Bewegungen entgegenstellen.

In vielen Staaten der Europäischen Union haben diese Parteien und Organisationen deutlich an Zustimmung gewonnen. Sie schüren Vorurteile, betreiben Ausgrenzung und fördern die Grundlage für eine weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft.

Rechtspopulistischen Parteien und Gruppen ist es gelungen, mit ihrer völkischen Argumentation die gesellschaftliche Debatte zu beeinflussen und nach rechts zu verschieben. Mit ihren rassistischen, völkischen und migrationsfeindlichen Äußerungen haben sie bis in die politische Mitte hinein ein gesellschaftliches Klima geschürt, das in der Integrations- und Migrationspolitik eine drastische Veränderung einfordert.

Die Organisationen der politischen Rechten versuchen diese Verunsicherungen für sich zu nutzen. In den ideologischen Versatzstücken der neuen und alten Rechten finden sich völkische, rassistische, biologische und ethnopluralistische Ansätze, mit denen sie für ihre menschenverachtenden Ziele werben.

In nahezu allen Teilen Deutschlands nehmen die Angriffe gegen Menschen, die nicht „weiß“ sind oder einen Migrationshintergrund haben sowie gegen Einrichtungen der politischen Linken zu. Gerade die deutsche Geschichte hat überdeutlich gezeigt, dass sich rechte und faschistische Parteien und Bewegungen innerhalb kürzester Zeit durchsetzen können.

Rassist*innen und völkische Gruppen schüren Hetze und haben mit ihrer aggressiven Rhetorik zu einer Verschiebung des öffentlichen Diskurses beigetragen. Dadurch haben Angriffe auf Menschen aufgrund ihrer Migrationsgeschichte, Hautfarbe, Religion oder sexuellen Orientierung sowie auf antirassistische und linke Einrichtungen deutlich zugenommen.

Keine Zusammenarbeit mit der AfD

Mit der bewussten Entscheidung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, einen migrationskritischen Antrag mit Stimmen der AfD zu beschließen, wurde der bisherige Konsens der demokratischen Parteien und Fraktionen aufgekündigt, nicht mit den Stimmen der AfD-Fraktion Mehrheiten für Anträge zu erhalten.

Die NaturFreunde unterstützen die Aussage der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die demokratischen Parteien gemeinsam alles tun sollten, um Attentate zu verhindern – „nicht als taktische Manöver, sondern in der Sache redlich, im Ton maßvoll und auf der Grundlage geltenden europäischen Rechts“. Weiter Angela Merkel: „Für falsch halte ich es, sich nicht mehr an diesen Vorschlag gebunden zu fühlen und dadurch am 29. Januar 2025 sehen- den Auges erstmalig bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag eine Mehrheit mit den Stimmen der AfD zu ermöglichen.“

Friedrich Merz hatte im Jahr 2022 eine Zusammenarbeit mit der AfD kategorisch abgelehnt. Er führt damals aus: „Wenn irgendjemand von uns die Hand hebt, um mit der AfD zusammenzuarbeiten, steht am nächsten Tag ein Parteiausschlussverfahren an.“ Mit der Entscheidung im Deutschen Bundestag, Anträge mit den Stimmen der AfD mehrheitsfähig zu ma-

chen, wurde dieser Konsens aufgekündigt. Innerhalb der CDU/CSU haben die Forderungen nach Abschiebungen und weiteren Aufenthaltsverschärfungen leider die Oberhand bekommen.

Die NaturFreunde werden sich auch weiterhin darum bemühen, gemeinsam mit allen demokratischen Parteien eine solche Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses zu verhindern und sich für eine Gesellschaft einsetzen, in der eine Willkommenskultur für Menschen zum demokratischen Konsens gehört.

Gerade auch die deutsche Geschichte lehrt uns: Wehret den Anfängen. Schon einmal haben Demokrat*innen und die politische Linke die Entwicklung des Faschismus unterschätzt und haben nicht verhindern können, dass sich rechte und faschistische Parteien und Bewegungen innerhalb kürzester Zeit durchsetzen konnten. Die Folgen waren der millionenfache Mord an Menschen jüdischen Glaubens, Angehörigen der Sinti*zze- und Rom*nja-Gemeinschaften, Homosexuellen, Menschen mit Beeinträchtigungen, Demokrat*innen und politischen Linken und vielen anderen Verfolgten. Dieser nationale und völkische Größenwahn führte die Welt in einen verheerenden Weltkrieg.

NaturFreunde für eine solidarische Gesellschaft – Solidarität ist unteilbar

Die NaturFreunde setzen sich für eine solidarische Gesellschaft ein, in der niemand „aufgrund von kultureller und sozialer Herkunft, politischer Überzeugung, Geschlechtsidentität, sexueller Orientierung, Behinderung, des Aussehens, des Alters oder des Glaubens wegen benachteiligt wird und in der alle Menschen gleichberechtigt sind und sich frei entfalten können.“ Dies ist bereits in der Präambel der Satzung der NaturFreunde Deutschlands festgeschrieben.

Zusammen mit vielen setzen sich die NaturFreunde in den Bündnissen „Umverteilen – Reichtum besteuern“, „Hand in Hand gegen Rassismus“, „Aufstehen gegen Rassismus“ für eine solidarische Gesellschaft ein.

Gesellschaftliche Strukturen erhalten – nicht zerstören

Migrant*innen werden von völkischen und rassistischen Politiker*innen für Probleme in der Gesellschaft verantwortlich gemacht, die in den letzten Jahren zugenommen haben: Soziale Ausgrenzung, fehlende bezahlbare Wohnungen und die zunehmende Desintegration ganzer Stadtteile in den Großstädten.

Mit dieser Debatte soll von den negativen Auswirkungen des neoliberalen Angriffs auf die soziale Infrastruktur abgelenkt werden. Nicht Menschen mit Migrationsgeschichte haben zu einer systematischen Zerstörung sozialstaatlicher Strukturen geführt, sondern der neoliberale Umbau der Gesellschaft:

- Der zunehmende Nationalismus, Rechtspopulismus und die hohen Wahlergebnisse für rechte und faschistische Parteien sind vor allem auch eine Folge der neoliberalen Politik in den Staaten der EU, die durch ihre Ausrichtung auf die Steigerung der Gewinne für die großen transnationalen Konzerne immer größere Teile der Menschen in die Perspektivlosigkeit stößt. Der „marktkonforme Mensch“, der nur seinen eigenen Erfolg im Blick hat, verliert die solidarischen und humanitären Ziele aus den Augen. Eine „marktkonforme Gesellschaft“ zerstört systematisch solidarische Strukturen und damit die Grundlagen für ein solidarisches Zusammenleben der Menschen.
- Die neoliberale Politik nimmt den Menschen ihre Zukunftsperspektiven. Menschen, die ihren Zukunftsoptimismus verlieren, neigen dazu, rechte politische Positionen zu übernehmen, da sie eine vermeintliche „Sicherheit“ versprechen.
- In gesellschaftlichen Milieus, in denen eine starke Verunsicherung gegenüber gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen herrscht, da sie durch die kapitalistischen Modernisierungsprozesse mit einem gesellschaftlichen Abstieg rechnen, können Chauvinismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zunehmen, wenn sie keine gesellschaftlichen und politischen Alternativen angeboten bekommen.
- Diese Menschen glauben den Aufstiegsversprechen moderner Gesellschaften nicht mehr und sehen durch die gesellschaftlichen Veränderungen ihren gesellschaftlichen Status gefährdet.
- Nur mit einer starken politischen Linken, die gesellschaftliche Perspektiven und Alternativen anbieten kann, lässt sich die Rechtsentwicklung aufhalten.

Gemeinsam gegen eine Verschiebung des gesellschaftlichen Diskurses nach rechts – für eine solidarische Gesellschaft

Die NaturFreunde stellen sich den zunehmenden völkischen, reaktionären und rassistischen Positionen entgegen. Seit ihrer Gründung stellen sich die NaturFreunde in die Tradition der Aufklärung und des solidarischen Humanismus.

Wir NaturFreunde engagieren uns für die gerechte Gestaltung der Globalisierung. In diesem Sinne wer-

ben wir für eine Verbindung von sozialen Kämpfen und antirassistischer Arbeit. Gemeinsam mit Sozialverbänden, antirassistischen Initiativen und Gewerkschaften wollen wir Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammenführen und gemeinsam für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft eintreten. Innerhalb der NaturFreunde bieten wir Räume für interkulturellen Austausch und gesellschaftliche Diskurse.

Im Rahmen ihrer Arbeit wollen sich die NaturFreunde für eine Veränderung der Gesellschaft einsetzen:

- Die NaturFreunde beteiligen sich aktiv an gesellschaftlichen Bündnissen und Kampagnen, die sich für die Rechte von sozial Benachteiligten, Menschen mit Migrationsgeschichte und gegen Rassismus und Ausgrenzung einsetzen.
- In allen Bündnissen und Demonstrationen, die von den NaturFreunden unterstützt werden, setzen sich die NaturFreunde dafür ein, dass für Menschen und Gruppen aus dem nationalistischen und antidemokratischen Spektrum kein Platz bei den Aktionen ist. Die NaturFreunde erteilen allen eine klare Absage, die Journalist*innen gewaltsam angreifen, Verschwörungsmythen, Hass oder gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus oder Sexismus verbreiten. An Bündnissen, in denen rechtspopulistische Initiativen, Parteien oder Organisationen offiziell teilnehmen können, werden sich die NaturFreunde nicht beteiligen.
- Mitglieder und Funktionäre von rechtspopulistischen und faschistischen Parteien, wie zum Beispiel der AfD, werden nicht auf NaturFreunde-Veranstaltungen eingeladen. Die Positionen der AfD und vergleichbarer rassistischer Organisationen sind unvereinbar mit den Grundsätzen und der Satzung der NaturFreunde.
- Die NaturFreunde bekräftigen die Unvereinbarkeit der gleichzeitigen Mitgliedschaft bei den NaturFreunden und in der AfD oder in anderen Organisationen mit fremdenfeindlichen und rassistischen Positionen.
- Die NaturFreunde werden ihre Informations- und Bildungsveranstaltungen zum Thema Antifaschismus, Antirassismus und Rechtspopulismus intensivieren. Durch Bildungs- und Informationsange-

bot, die über Gefahren von Rechtspopulismus und Rassismus aufklären und informieren, wollen die NaturFreunde zu einer demokratischen Kultur beitragen.

- Die NaturFreunde werden in Zusammenarbeit mit der Kampagne „Aufstehen gegen Rassismus“ Ausbildungen zu „Stammtischkämpfer*innen“ anbieten und damit Interessierten die Möglichkeit bieten, sich argumentativ auf gesellschaftliche Diskussionen in Vereinen, Familie und im Bekanntenkreis vorzubereiten.
- Unsere Räumlichkeiten, Häuser und Einrichtungen sind offene Begegnungsräume für interkulturellen Austausch. Sie bieten Schutz vor Verfolgung und Diskriminierung. In unseren Räumlichkeiten und Veranstaltungen ist kein rassistisches, chauvinistisches und völkisches Gedankengut willkommen.
- Gemeinsam mit den Ortsgruppen und Landesverbänden zeigen die NaturFreunde in ihrer alltäglichen Arbeit, dass sie offen sind für alle Menschen, die sich für die Ziele der Aufklärung und des Humanismus einsetzen. In ihrer alltäglichen Praxis werden die NaturFreunde ihre integrativen Ansätze weiterentwickeln, um noch mehr Menschen mit Migrationsgeschichte für die gemeinsame Arbeit zu gewinnen.
- Die NaturFreunde wollen ihre geschichtspolitische Arbeit erweitern und die Verfolgung und Repression von NaturFreund*innen in der Zeit des Faschismus aufarbeiten. Mit Gedenkveranstaltungen, wie zum Beispiel dem jährlichen Gedenken für Georg Elser, wollen die NaturFreunde antifaschistische Geschichte für die nächsten Generationen lebendig erhalten.
- Die sportlichen Aktivitäten der NaturFreunde sind ein wichtiges Angebot, in dem Demokratie, Vielfalt, Inklusion und Zusammenarbeit gelebt werden können. Die NaturFreunde werden ihre Arbeit für und mit Geflüchteten weiterhin fortsetzen.
- Die NaturFreunde werden die Angebote der Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) weiter ausbauen und Informationsveranstaltungen über rechtspopulistische und faschistische Einflüsse im Natur- und Umweltschutz durchführen.



Unterstützung von FARN

Die Fachstelle für Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) der NaturFreunde und der Naturfreundejugend leistet eine hervorragende und kompetente Aufklärungsarbeit, die unverzichtbar ist.

Angesichts der ökologischen Krisen steigt in der Gesellschaft das Engagement für den Schutz von Natur und Klima. Das versucht eine neue extreme Rechte für ihre völkische Ideologie zu nutzen. Sie vertreten dabei durchaus auch Positionen und Arbeitsformen der Ökologiebewegung und behaupten – wie etwa Björn Höcke von der AfD –, das „wahre Grün ist Blau“.

Natur- und Umweltschutz sind nicht unpolitisch. In der AfD und in anderen neurechten Organisationen wie der Identitären Bewegung nehmen die Bestrebungen zu, den Naturschutz für ihre Zwecke zu in-

strumentalisieren. Das geschieht durchaus widersprüchlich, denn die AfD organisiert auch die Klimaleugner und ist für die Atomenergie. Aber sie versucht vor allem im Naturschutz und im ländlichen Bereich, vornehmlich in der Landwirtschaft, ihren Einfluss zu erweitern.

Die NaturFreunde fordern die Bundesregierung, die Landesregierungen und weitere staatliche Stellen sowie entsprechende Stiftungen auf, die Arbeit von FARN zu unterstützen. Die völkische Ideologie und ihr Einfluss auf die Gesellschaft darf nicht unterschätzt werden. FARN braucht eine gesicherte Zukunft.

Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deutschen Bundestag und in den Landtagen.



Rechten Terror mit rechtsstaatlichen Mitteln und zivilgesellschaftlicher Stärke bekämpfen

Die NaturFreunde fordern:

- **einen ganzheitlichen Ansatz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus**
Um extremistische Umtriebe effektiv eindämmen zu können, müssen demokratische und rechtsstaatliche Kräfte auf allen Ebenen zusammenwirken, auf kommunaler Ebene zum Beispiel durch ordnungsrechtliches Einschreiten bei rechtsextremen Veranstaltungen.
- **rechtsextreme Netzwerke zu zerschlagen**
Wo immer Rechtsextreme versuchen, organisierte vereinsmäßige Strukturen zu nutzen, um die verfassungsmäßige Ordnung zu beschädigen, muss ihnen konsequent Einhalt geboten werden. Unabhängige Melde- und Beschwerdesysteme gegen extremistische Tendenzen sind einzurichten.
- **Rechtsextreme konsequent zu entwaffnen**
Eine Verschärfung des Waffengesetzes muss entschlossen vorangetrieben werden.
- **angegriffenen Demokrat*innen den Rücken zu stärken**
Die NaturFreunde beteiligen sich an der Allianz zum Schutz kommunaler Mandatsträger*innen.
- **Hass im Netz zu bekämpfen**
Die NaturFreunde stellen fest, dass das Internet in hohem Maße Bedeutung für Radikalisierungsprozesse, Rekrutierung und Mobilisierung hat.

Ziel muss deshalb sein, strafrechtlich relevante Inhalte im Internet konsequent zu bekämpfen.

- **Verfassungsfeind*innen aus dem Öffentlichen Dienst zu entfernen**
Die NaturFreunde fordern eine konsequente Umsetzung des zum 1. April 2024 in Kraft getretenen Bundesdisziplinarrechtes. In Nordrhein-Westfalen und Hessen gab es Anzeichen rechtsextremer Netzwerke in Polizeistrukturen, die unter anderem gegen prominente Politiker*innen wie Nancy Faeser, Janine Wissler und Anwälte*innen agierten, als diese die Rechtsvertretung der Opferfamilien des NSU wahrnahmen. Hier sind die Landesregierungen aller Bundesländer aufgefordert Maßnahmen zu ergreifen, ihre Beamte*innen gegen rechtsextreme Beeinflussung zu schulen und bei Neueinstellungen auf eine uneingeschränkte Grundgesetztreue zu achten.
- **einen Sport mit Haltung – gegen Rechtsextremismus**
Die NaturFreunde wandern, fahren Rad und betreiben Berg-, Kanu- und Schneesport. Bei all diesen Aktivitäten achten sie darauf, dass gesellschaftliche Fehlentwicklungen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht vorkommen.



Für Demokratie und Solidarität – Demokratieprojekte sichern

Die NaturFreunde setzen sich für eine Stärkung der Demokratieförderung auf allen Ebenen ein. Dazu stärken sie die innerverbandliche Demokratieförderung (zum Beispiel durch Fort- und Weiterentwicklung der Stärkenberater*innenausbildung und Entwicklung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten innerhalb des Verbandes).

Gleichzeitig werden Bundes-, Landes- und Kommunalparlamente aufgefordert, Projekte der Demokratiebildung angemessen und fortlaufend zu finanzieren und zu unterstützen. Ehrenamtliches Engagement in Vereinen und Verbänden muss durch bessere Rahmenbedingungen insgesamt attraktiver gemacht werden.

Der Bundestag wird aufgefordert, das Gemeinnützigkeitsrecht zu ändern. Es muss klargestellt werden, dass gemeinnützige Organisationen sich auch zu all-gemeinpolitischen Fragen äußern können, ohne den Verlust ihrer Gemeinnützigkeit fürchten zu müssen.

Nur so können diese ein wichtiger Akteur für die Bewahrung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten in der Zivilgesellschaft sein und bleiben.

Die NaturFreunde fordern den Deutschen Bundestag dazu auf, den im Jahr 2024 vorgelegten Gesetzentwurf zur Demokratieförderung zu verabschieden und damit die Absicherung der Förderung von Demokratieprojekten zu sichern.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, sich entsprechend einzusetzen sowie die durch die Programme „Zusammenhalt durch Teilhabe“ (ZdT) und „Demokratie leben“ geförderten ehrenamtlichen und hauptamtlichen Projekte in der Verbandsentwicklung strategisch aufzunehmen und durch politische Lobbyarbeit zu stärken.

Übermittlung an demokratische Fraktionen im Deutschen Bundestag.



Angriff auf NGOs = Angriff auf die Demokratie

Die NaturFreunde Deutschlands wehren sich gegen die gezielten Angriffe von CDU/CSU auf Bundes- und vereinzelt auf Länderebene gegen das politische Engagement von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die sich kritisch mit einzelnen Parteipositionen auseinandersetzen und sich mit ihrer Haltung aktiv in die politische Diskussion einbringen.

Es wird dabei insbesondere seitens der Unionspartei der irreführende Eindruck erweckt, dass „politische Neutralität“ mit „parteilichter Unabhängigkeit“ gleichzusetzen sei. Mehr noch: Es wird mit dem Entzug der öffentlichen Förderung gedroht. Dies kann als Angriff auf die öffentliche Meinungsbildung und somit auf eine wichtige Basis unserer demokratischen Verfassung gewertet oder in Trumpscher Manier als Einschüchterungsversuch verstanden werden. Vereine werden in ihrer demokratischen Teilhabe an der gesellschaftlichen Debatte gehindert oder zumindest verunsichert.

Wir NaturFreunde bekennen uns zu unserer parteipolitischen Neutralität, zum demokratischen Rechtsstaat, wehren uns (aus leidvoller Vereinsgeschichte während der NS-Diktatur) gegen Feinde der Demokratie, setzen uns für Frieden und Völkerverständigung sowie für einen zukunftsweisenden Umwelt- und Klimaschutz ein.

Wir fordern den Bundesvorstand sowie die NaturFreunde-Landesverbände auf, sich durch solche parteipolitisch motivierten Kampagnen nicht einschüchtern zu lassen, die in der Satzung verankerten politischen Werte und Ziele weiterhin öffentlich aktiv zu vertreten und sich gegen derartige Angriffe auf die politische Willensbildung/Positionierung mit anderen NGOs aktiv zur Wehr zu setzen.



Warnung vor neuer rechter Zusammenarbeit

Die NaturFreunde sehen das Erstarken der Rechtsextremen – wie zuletzt bei der Bundestagswahl – mit großer Sorge. Es darf nicht sein, dass sich nach den historischen Erfahrungen nationalistisches Gedankengut in der Öffentlichkeit und den Parlamenten breitmacht.

Letzteres liegt auch daran, dass die traditionellen Volksparteien immer weniger ihrem Anspruch gerecht werden, den Menschen Sicherheit, Zukunftsmut und Fortschritt zu vermitteln. Die Welt verändert sich, die traditionellen Wachstumskonzepte funktionieren immer weniger, aber die Politik bleibt im Alten stecken, ja demontiert sich selbst – wie in der Friedenspolitik.

Sicher gibt es handfeste Gründe für Kritik, Unzufriedenheit und Ungerechtigkeit, aber sie sind kein berechtigter Grund, die rechtsextreme AfD zu wählen. Im Gegenteil: Das verstärkt die Reformunfähigkeit unseres Landes und gibt rassistisch-nationalistischen Kräften einen Nährboden. Doch die Grenzen zwischen der AfD und anderen Parteien, insbesondere dem rechten Flügel in den Unionsparteien, scheinen allen öffentlichen Bekundungen zum Trotz geringer zu werden. Es gibt vor Ort bereits unterschiedliche Formen einer Annäherung.

Die Öffnung zur AfD bedeutet jedoch eine Öffnung zu völkischen, biologistischen und nationalistischen

Ideen. Aus der Geschichte wissen wir, wohin das führen kann. Das Erstarken der AfD zeigt auch eine erschreckende Geschichtsvergessenheit.

Die NaturFreunde kritisieren insbesondere die schleichende Auflösung der Abgrenzung von Teilen der CDU/CSU von der AfD, was sich bei der gemeinsamen Abstimmung im Bundestag zur Migrationspolitik gezeigt hat. Führende Unionspolitiker wie Jens Spahn und Johann Wadephul fordern eine „Normalität“ im Umgang mit der AfD, in einigen kommunalen Gliederungen kommt es zu einer Zusammenarbeit.

Die NaturFreunde sehen diese Entwicklung mit Schrecken. Die Verschiebung hin zum Rechtsextremismus wird auch im falschen Umgang mit politischen Herausforderungen gefördert. In der programmatischen Entleerung liegt neben handfesten Machtinteressen ein wesentlicher Grund für den Aufstieg des Rechtsextremismus.

Wir fordern nicht nur eine klare Brandmauer gegen die AfD und andere rechtsextreme Parteien, wir fordern auch eine Bildungsoffensive gegen völkisches Denken. Unsere Gesellschaft muss aus tiefer Überzeugung Nein sagen zu einer Wiederholung der Fehler der deutschen Geschichte.



4. Anträge zur Organisation

Verbandsentwicklung

Unsere Zeitenwende - NaturFreunde stärken!

In den letzten Jahren sind wir gemeinsam viele Schritte in der Entwicklung unseres Verbandes gegangen und haben dabei auch die Stärken erkannt:

- unsere Stärke - das vielfältige ehrenamtliche Engagement;
- unsere Stärke - unsere Häuser;
- unsere Stärke - unser Natursport;
- unsere Stärke - unsere vielfältigen kulturellen Aktivitäten;
- unsere Stärke - unser Einsatz für Frieden;
- unsere Stärke - unser Einsatz für die Natur;
- unsere Stärke - unser Einsatz für Vielfalt und Demokratie;
- unsere Stärke - unser solidarisches Miteinander;
- unsere Stärke - unsere Kontinuität und Geschichte.

Das bedeutet natürlich nicht, dass wir nicht auch Schwächen haben und viele unserer Stärken im Alltag unseres Verbandslebens immer wieder neu erkannt und weiterentwickelt werden müssen.

Deshalb bleibt Verbandsentwicklung und Mitgliedergewinnung unsere gemeinsame Aufgabe: in den Ortsgruppen, in den Bezirken, in den Landesverbänden und auf Bundesebene.

Verbandsentwicklung und Mitgliedergewinnung bleibt unsere Aufgabe

Schon beim letzten Bundeskongress hatten wir die Schwerpunkte unserer Verbandsentwicklung identifiziert:

- Wir wollen das „Wir-Gefühl NaturFreunde“ stärken.
- Wir wollen den Netzwerkansatz weiterentwickeln und ausbauen.
- Wir wollen unser Ehrenamt stärken.
- Wir wollen uns zu einem geschlechtergerechten und diversitätsbewussten Verband entwickeln.
- Wir wollen neue Mitglieder für die NaturFreunde gewinnen.

Diese Zielsetzungen gelten weiterhin. Aufgabe in den nächsten Jahren wird sein, die begonnenen Ansätze fortzuführen und, wo nötig, auch weiterzuentwickeln.

Die Förderung beziehungsweise Stärkung der Netzwerke der NaturFreunde bleibt dabei auf allen Ebenen (Fachbereiche, Ortsgruppen, Landesverbände und Bundesebene) eine wichtige Aufgabe der Verbandsentwicklung. Digitale Formate in der Zusammenarbeit unterstützen diese Ansätze und machen kurzfristige Abstimmungen möglich.

So sollen beispielsweise die Unterlagen für Bundeskongresse und -ausschüsse in Zukunft primär digital zur Verfügung gestellt werden. Bei der Anmeldung für den Bundeskongress wird eine Auswahl für den Erhalt der Kongressunterlagen ergänzt, hierbei kann der zusätzliche traditionelle Erhalt der Unterlagen in Papierform ausgewählt werden. Darüber hinaus soll auf Veranstaltungen wie dem Bundesausschuss und dem Bundeskongress das von der Naturfreundejugend etablierte Tool Antragsfreundin verwendet werden.

Aus einer solchen Kooperation zwischen den Ortsgruppen, den Fachbereichen, den Landesverbänden et cetera kann Nähe hergestellt werden, können gemeinsame Arbeitsformen sowie Projekte oder Kampagnen getragen werden. Das gemeinsame Handeln stärkt unser „Wir-Gefühl NaturFreunde“.

Darüber hinaus können auch Nichtmitglieder einbezogen werden, sodass der Kreis der Unterstützer*innen sowie der Ideengeber*innen der NaturFreunde stetig erweitert werden kann.

Unser Auftrag

Aus den Erfahrungen der letzten Jahre folgern wir:

1. Wir können auf Bundesebene nach außen hin nicht alle inhaltlichen Themen bedienen. Wir müssen uns deshalb fokussieren. Die Themen dabei sind:
 - a. Die NaturFreunde als Freizeit- und Sportverband. Bewegung in der Natur und darüber auch Achtung vor der Natur und ihrer Vielfalt zu vermitteln, ist mehr als Tradition. Es ist Kernthema der NaturFreunde.
 - b. Die NaturFreunde als Kultur- und Bildungsverband.

- c. Unsere Naturfreundehäuser als Stätten der Begegnung und der Nachhaltigkeit.
 - d. Frieden, Klimaschutz und Nachhaltigkeit als Voraussetzung für ein gutes Leben der Menschheit. Hier setzen wir auf Aufklärung und Aktion.
 - e. Der Kampf um eine vielfältige, solidarische, demokratische Gesellschaft.
 - f. Unser Verband als internationale Organisation.
2. Mitglieder gewinnen und halten: Mitgliedergewinnung ist das eine, Mitglieder halten und aktivieren das andere. Die Kampagne 100.000 (Sag ja - NaturFreunde) setzen wir fort. Ziel ist, dass die Mitgliedergewinnung in allen Gliederungen verankert ist, dass Mitglieder neue Mitglieder gewinnen. Wir wollen dabei die Vorschläge der Begleitgruppe zur Kampagne 100.000 aktiv aufgreifen und umsetzen.
 3. Daneben gilt es Mitglieder zu halten, indem wir sie aktiv auf unsere Angebote ansprechen und unsere Werte durch gemeinsames Erleben vermitteln.
 4. Moderne Verbandsarbeit weiterentwickeln: Mit den Stärkenberater*innen haben wir circa 400 Ehrenamtliche, die insbesondere in den Ortsgruppen unterstützend wirken können; sei es bei der Demokratiebildung, der Entwicklung von neuen Arbeitsweisen oder wie wir gemeinsam einen möglichst diskriminierungsfreien Raum schaffen, in dem sich alle willkommen und respektiert fühlen. Wir unterstützen den Aufbau der neuen Bundesfachgruppe Stärkenberatung.
 5. Voneinander lernen: In den vergangenen Jahren haben wir viele gute Beispiele für eine erfolgreiche Ortsgruppenarbeit gesammelt. Diese gilt es zu nutzen.
 6. Strukturen überdenken: Traditionell arbeiten die NaturFreunde in Ortsgruppen, Bezirken und Landesverbänden. Zumeist sind die Ortsgruppen als eingetragener Verein organisiert, was bestimmte Regularien bedeutet, die einzuhalten sind. Wir wollen Vorschläge entwickeln, wie Ortsgruppen mit anderen Organisationsformen und weniger Regularien organisiert werden können, zum Beispiel in einem Landkreis oder einer Region.
 7. Unsere Naturfreundehäuser erhalten und weiterentwickeln – als Orte der Begegnung und Nachhaltigkeit: Die knapp 400 Häuser der NaturFreunde in Deutschland bieten kostengünstige Übernachtungen und Verpflegung für Familien, Klassenfahrten, Kindertagesstätten, Vereine oder Betriebe. Selbstverständlich finden auch Wandernde, Biker*innen oder sonstige Natursportler*innen hier eine Bleibe. Die Herausforderungen der Naturfreundehäuser sind so unterschiedlich wie ihre örtliche Lage und ihre Betriebsform. Mit unseren Seminaren geben wir die Möglichkeit der Fortbildung und des Austausches. Finanziell unterstützen wir die häuserbesitzenden Gliederungen mit Liquiditätshilfen und mit der Einforderung von staatlichen Fördermitteln, insbesondere zur (energetischen) Sanierung und Modernisierung der Naturfreundehäuser. Gemeinsam ist allen Naturfreundehäusern, dass sie Orte der Umweltbildung, der Erlebnispädagogik, der Demokratiebildung und des Respektes sind. Die Naturfreundehäuser arbeiten mit unterschiedlichen Gruppen zusammen, seien es Gewerkschaften, Schulen, Gemeinden, Kindertagesstätten oder auch andere Vereine. Unsere Naturfreundehäuser sind ein Alleinstellungsmerkmal. Gäbe es sie nicht, müssten sie erfunden werden.
 8. Zur modernen Verbandsarbeit gehört auch, die Möglichkeiten der Digitalisierung und der Sozialen Medien besser zu nutzen.
 9. Der Bundeskongress gründet unter Zusammenarbeit der Bundesgruppe, aller Landesverbände, Fachbereiche, Fachgruppen und der Naturfreundejugend ein Gremium, das nachvollziehbare Aufgaben und Ziele entwickelt, welche monitort und im Bundesausschuss berichtet werden. Gerade die Landesverbände werden dringend dazu aufgerufen sich an dieser Arbeit mit ihrer Expertise zu beteiligen.
 10. Der Bundesausschuss wird auf zukünftig einen festen TOP zur Evaluation des Standes der Umsetzung dieses Antrags aufnehmen.
- Lasst uns gemeinsam unsere NaturFreunde-Bewegung stärken!



Benennung einer*eines Antidiskriminierungsbeauftragten

Der Bundeskongress befürwortet die Ernennung einer Person, möglichst mit theoretischer und praktischer Expertise bezogen auf Antidiskriminierungsarbeit und das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG), zur* zum Antidiskriminierungsbeauftragten auf Bundesebene.

Die konkrete Umsetzung und Festlegung der Aufgaben erfolgt auf Vorschlag des Bundesvorstandes und der AG Awareness durch den Bundesausschuss.



Aufnahme der NaturFreunde in den DOSB

Die NaturFreunde-Landesverbände schaffen die Voraussetzungen für einen Beitritt des Bundesverbandes zum Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB).

Notwendig für eine Aufnahme ist die Mitgliedschaft von mindestens acht Landesverbänden (Hälfte der Bundesländer) im jeweiligen Landessportbund (LSB) beziehungsweise Landessportverband (LSV). Dazu prüfen die NaturFreunde-Landesverbände ihre Möglichkeiten für die Aufnahme in den jeweiligen Landesorganisationen.

Der Bundeskongress fordert die Landesverbände der NaturFreunde Deutschlands auf, mit den jeweiligen Landessportbünden (LSB) in Gespräche über einen Beitritt des NaturFreunde-Landesverbandes zum Landessportbund einzutreten.

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, die Landesverbände in dieser Angelegenheit (weiterhin) intensiv zu beraten und zu unterstützen.

Der Bundesvorstand unterstützt die Aufnahme in den DOSB aktiv. Bis spätestens zum nächsten Bundeskongress soll die Aufnahme in den DOSB erreicht sein.

Folgende konkrete Maßnahmen werden eingeleitet:

1. Einrichtung einer thematischen Arbeitsgruppe mit einer vom Bundesvorstand beauftragten Projektleitung;
2. Abfrage der relevanten Informationen durch die NaturFreunde-Landesverbände beim jeweiligen LSB beziehungsweise LSV zur Aufnahme der NaturFreunde bis Ende 2025:
 - a. Klärung von Kosten und finanziellem Nutzen (Vergleich der zu zahlenden Beiträge mit zugänglichen Zuschüssen und Investitionsmitteln);
 - b. Klärung weiterer Vor- und Nachteile für den jeweiligen Landesverband wie zum Beispiel Zugang zu LSB/LSV-Veranstaltungen, Auswirkungen auf die NaturFreunde-Verbandsversicherung, Zugänge zu Sport-, Umwelt- und Naturschutz-ausgerichteten Gremien, Teilnahmemöglichkeit an Förderprogrammen, Aufnahme in relevante Verteiler durch Behörden und andere Institutionen;
3. Regelmäßige Berichterstattung sowie Diskussion im Bundesausschuss;
4. Der Bundesvorstand tritt als Bindeglied zwischen den Landesverbänden und den Entscheider*innen im DOSB auf und koordiniert die Anforderungen beider Seiten.



Sozial-ökologisches Wandern

Die Idee des sozialen Wanderns gehört zur Geschichte der NaturFreunde. Sie ist die Verbindung von Freizeit- und Sportaktivitäten mit der Bildungsarbeit des Verbandes.

Der Bundesvorstand richtet eine Arbeitsgruppe ein mit dem Ziel, diese Tradition neu zu beleben. Dazu gehören Wanderungen, an denen zum Beispiel über die Ziele der NaturFreunde oder über wichtige gesellschaftliche Fragen wie Abrüsten und Friedenspolitik oder die Klimakrise informiert wird. Denkbar sind solche Wanderungen nicht nur von Ortsgruppen, sondern auch von Bezirken und Landesverbänden. Entsprechende Materialien sollen zur Schulung und Vertiefung bereitgestellt werden, auch sollen entsprechende Vorlagen für die sozialen Medien erstellt werden.

Soziales Wandern ist auch ein Beitrag zur Wertschätzung der Natur, die als Ort der Schönheit, der Erholung und des Nachdenkens verstanden wird. Die Natur ist kein freies Gut, deshalb erklären wir, was Naturschutz ist und bedeutet. Wir sehen die Natur nicht als großen Abenteuerspielplatz unter dem Einfluss kommerzieller Anbieter*innen.

Die NaturFreunde können Gebietspatenschaften übernehmen, in denen die menschlichen Aktivitäten eingebettet sind als Teil des Ganzen und wir einen Beitrag zum Abbau des Vollzugsdefizits im Naturschutz leisten. Wir verkaufen die Natur nicht, sondern erklären sie und versuchen, eins mit ihr zu sein.



Aufbau eines NaturFreunde-Ideen-Pools

Zur weiteren Unterstützung der fachlichen Arbeit der Ortsgruppen, Bezirke und Landesverbände wird der auf Bundesebene bestehende Ideen-Pool weiter ausgebaut und begleitet.

Ziel eines solchen fachlichen Netzwerkes ist es, die Ortsgruppen, Bezirke und Landesverbände in ihrer

inhaltlichen Arbeit vor Ort zu unterstützen und die Attraktivität der örtlichen Angebote noch mehr als bisher zu erhöhen. Die Ortsgruppen, Bezirke und Landesverbände helfen beim Aufbau durch Meldung entsprechender Ideen.



Verbandskommunikation

Optimierung von Sponsoring und Kooperationen bei den NaturFreunden

Der Bundesvorstand schafft einheitliche Standards und klare Rahmenbedingungen für Sponsoring und Kooperationen mit Partnerfirmen, um eine entsprechende Zusammenarbeit zu professionalisieren und auszubauen.

Das beinhaltet folgende Maßnahmen:

1. Wertekanon entwickeln: Leitlinien zu Nachhaltigkeit, sozialer Verantwortung und ethischem Engagement für Partnerfirmen festlegen;
2. Ein- und Ausschlusskriterien definieren: Kriterien wie Umweltbewusstsein, faire Arbeitsbedingungen und Transparenz bei der Produktion ausarbeiten;
3. Rahmen für Gegenleistungen klären: Erwartungsabstimmung mit Partnerfirmen, zum Beispiel für

die Platzierung von Logos auf Websites, in Printmedien und Social Media sowie die Unterstützung bei Veranstaltungen;

4. Steuerliche Rahmenbedingungen prüfen: Klärung, wie Kooperationen finanziell und rechtlich sicher umgesetzt werden können;
5. Kommunikation verbessern: Richtlinien für Transparenz und regelmäßige Berichterstattung über die Partnerschaften etablieren.

Bis zum nächsten Bundeskongress sollen Standards und Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Sponsoringpraxis entwickelt werden und erste Kooperationen eingeleitet worden sein.



Verbandsfinanzierung

Festsetzung der Bundesbeiträge ab 1.1.2030

Die Höhe des an die Bundesgruppe (inklusive NaturFreunde Internationale) abzuführenden Beitragsanteils für Mitglieder (natürliche Personen) beträgt ab dem 1.1.2030:

E = 34,00 Euro

F = 51,00 Euro

K/J = 17,00 Euro

Die Bundesgruppe wird unmittelbar nach dem Bundeskongress 2025 organisatorische Vorkehrungen treffen,

um gemeinsam mit den Landesverbänden eine mittelfristige Finanzplanung zu entwickeln. Hierbei sollen die Aufteilung der Aufgaben zwischen den Ebenen sowie mögliche Fokussierungen auf Arbeitsfelder dem Bundesausschuss vorgeschlagen werden. Über die Entwicklung und Wirksamkeit der Maßnahmen wird es ein fortlaufendes Monitoring zu den folgenden Bundesausschüssen geben.



Mitgliedsbeitrag im ersten Jahr und Mitgliedschaftsnachweis

Für neue Mitglieder soll im Aufnahmejahr der Mitgliedsbeitrag quartalsgenau berechnet werden. Das bedeutet: Wer im April eintritt, zahlt für drei Quartale; im Eintrittsjahr also lediglich drei Viertel des Jahresbeitrags. Beim Austritt im Jahresverlauf bleibt dagegen die Beitragspflicht in vollem Umfang bestehen.

Es soll einen digitalen Mitgliedschaftsnachweis neben dem NaturFreunde-Ausweis geben.

[Zusatzinformationen zur Dokumentation:

Der 31. Bundeskongress hatte Anträge, welche Änderungen der Beitragsstruktur betrafen, an die Arbeits-

gruppe (AG) Beitragsstruktur überwiesen. Die AG arbeitete daraufhin eine mit dem Bundesausschuss abgestimmte Liste für Änderungen ab und formulierte unter anderem obige Empfehlungen. Zudem empfahl die AG die vom 31. Bundeskongress überwiesenen Anträge D - 2, D - 3, D - 4, D - 5 und D - 6 nicht zu verabschieden.

Diese Empfehlungen der AG Beitragsstruktur wurden vom Bundesausschuss übernommen, dem 32. Bundeskongress zur Annahme empfohlen und schließlich genau so beschlossen.]



Anpassung der Entwicklungsabgabe Häuserwerk

Der Bundeskongress stimmt einer bereits von der Bundeshäuserkonferenz beschlossenen Erhöhung der Entwicklungsabgabe Häuserwerk ab dem Jahr 2027 zu.

Die Entwicklungsabgabe Häuserwerk wird von 30 Cent auf 70 Cent brutto pro Übernachtung im Naturfreundehaus erhöht. Die Anpassung gilt zudem prozentual im gleichen Umfang für sogenannte Umsatzhäuser (Naturfreundehäuser [NFH] ohne Übernachtungsangebot) sowie für vermietete Dauerstellplätze. Eine Ausnahme bilden die Umsatzhäuser mit einem Jahresumsatz unter 5.000 Euro: Für sie gibt es keine Erhöhung.

Folgende Abgaben sollen ab 2027 gelten:

seit 2006		ab 2027
NFH mit Übernachtungsangebot (Ü)		
je Übernachtung:	0,30 €	0,70 €
NFH ohne Ü - nach Umsatz		
bis 4.999,99 €:	50,00 €	50,00 €
5.000,00-14.999,99 €:	100,00 €	240,00 €
15.000,00-29.999,99 €:	150,00 €	350,00 €
30.000,00-99.999,99 €:	250,00 €	590,00 €
ab 100.000,00 €:	350,00 €	820,00 €
Dauerstellplätze		
pro Jahr:	15,00 €	35,00 €

(alle Beiträge inklusive Mehrwertsteuer)



Zusammensetzung des Bundesvorstandes

Bundvorsitzender

Michael Müller

Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Bundesvorsitzende

Yannick Kiesel

Berlin

Hans-Gerd Marian

Erfurt, Thüringen

Janeta Mileva

Berlin

Regina Schmidt-Kühner

Karlsruhe, Baden

Tilman Schwenke

Wilthen, Sachsen

Kassierer

Uwe Hixsch

Berlin

Vorstandsmitglied für Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus

Joachim Nibbe

Cuxhaven

Vorstandsmitglied für Kultur und Bildung

Janeta Mileva

Berlin

Vorstandsmitglied für Natursport und Wandern

N.N.

Vorstandsmitglied für Naturfreundehäuserwerk und Häuserarbeit

Gabi Rolland

Freiburg, Baden

Vertreter der Naturfreundejugend Deutschlands

Tim Flinspach

Augsburg, Bayern

Bundesgeschäftsführerin (mit beratender Stimme)

Maritta Strasser